

# SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach  
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergheinfeld/West  
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:

**TRANSNET BW**

Ersteller:

**ARBE**  
SuedLink

ARGE Arcadis | Bernard GbR  
c/o Arcadis Germany GmbH  
Europaplatz 3  
64293 Darmstadt  
Deutschland

DokumentenzahlNr.: SLPS-AGA-006180

## Planfeststellung

**Planfeststellungsabschnitt B3  
von km 0+000 bis 55+493**

**Unterlagen nach § 21 NABEG**

**PLANÄNDERUNG II**

**Teil K04  
Naturschutzrechtliche  
Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen**

00	15.02.2024	Unterlage nach § 21 NABEG	Weijut	SorAnd	PatSem
01	31.03.2025	Deckblatt I	Weijut	SorAnd	PloTob
02	16.02.2026	PLANÄNDERUNG II	KasMan	SorAnd	PloTob
<b>Vers.</b>	<b>Datum</b>	<b>Ausgabe</b>	<b>Erstellt</b>	<b>Geprüft</b>	<b>Freigegeben</b>

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Tabellenverzeichnis.....	3
Abbildungsverzeichnis.....	4
Abkürzungsverzeichnis.....	5
1 Einleitung .....	6
1.1 SuedLink .....	6
1.2 Einordnung der Unterlage .....	6
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	6
2 Artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen .....	7
2.1 Rechtliche Grundlagen.....	7
2.2 Verbotstatbestände .....	7
2.2.1 Konfliktbeschreibung .....	7
2.2.2 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen .....	8
2.2.3 Fazit .....	8
3 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen von Erklärungen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft gemäß §§ 23-29 BNatSchG .....	9
3.1 Rechtliche Grundlagen.....	9
3.2 Landschaftsschutzgebiet „Finie“ (LSG HI 068) .....	9
3.2.1 Konfliktbeschreibung .....	10
3.2.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen .....	11
3.2.3 Fazit .....	12
3.3 Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“ (LSG HI 054).....	12
3.3.1 Konfliktbeschreibung .....	13
3.3.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen .....	14
3.3.3 Fazit .....	15
3.4 Landschaftsschutzgebiet „Saale“ (LSG HI 071).....	15
3.4.1 Konfliktbeschreibung .....	16
3.4.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen .....	19
3.4.3 Fazit .....	19
3.5 Landschaftsschutzgebiet „Selter“ (LSG HI 066).....	19
3.5.1 Konfliktbeschreibung .....	19 20
3.5.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen .....	22
3.5.3 Fazit .....	22 23
3.6 Landschaftsschutzgebiet „Selter und Nollenberg“ (LSG NOM 022) .....	24
3.6.1 Konfliktbeschreibung .....	24 25

3.6.2	Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen .....	26 27
3.6.3	Fazit .....	28
3.7	Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“ (LSG NOM 010) .....	28
3.7.1	Konfliktbeschreibung .....	29
3.7.2	Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen .....	29 30
3.7.3	Fazit .....	31
3.8	Landschaftsschutzgebiet „Ilme“ (LSG NOM 023) .....	30 31
3.8.1	Konfliktbeschreibung .....	32 33
3.8.2	Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen .....	35 36
3.8.3	Fazit .....	35 37
4	Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope .....	36 38
4.1	Rechtliche Grundlagen .....	36 38
4.2	Erlen-Weiden-Bachuferwald (WWB[We]+4) und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat (FBL1, FBL2) .....	36 38
4.2.1	Konfliktbeschreibung .....	37 39
4.2.2	Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen .....	37 39
4.2.3	Fazit .....	38 40
4.3	Bach- und sonstige Uferstaudenflur (UFB(UHM)) und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat (FBLf2) .....	38 40
4.3.1	Konfliktbeschreibung .....	39 41
4.3.2	Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen .....	39 41
4.3.3	Fazit .....	40 42
4.4	Sonstiges mesophiles Grünland (GMSm) .....	40 42
4.4.1	Konfliktbeschreibung .....	41 43
4.4.2	Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen .....	41 43
4.4.3	Fazit .....	41 43
4.5	Zusammenfassung .....	42 44
5	Literatur- und Quellenverzeichnis .....	43 45
5.1	Gesetze und Verordnungen .....	43 45
5.2	Sonstige Literatur .....	44 46

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Zusammenfassung der erforderlichen Ausnahmen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope .....	42 44
------------	---	-------

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Gesetzlich geschützter Biotop-Komplex „Erlen-Weiden-Bachuferwald und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat“ .....	39
Abbildung 2: Gesetzlich geschützter Biotop-Komplex „Bach- und sonstige Uferstaudenflur und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat“ .....	41
Abbildung 3: Gesetzlich geschütztes Biotop „Sonstiges mesophiles Grünland“ .....	42

## Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
DMS	Dokumentenmanagementsystem
FFH	Flora-Fauna-Habitat
GIS	Geoinformationssysteme
GrwV	Grundwasserverordnung
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
HPB	Handbuch Planen und Bauen
KAS	Kabelabschnittstation
KST	Konzeptstudie Trasse
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LSG	Landschaftsschutzgebiet
N2000	Natura 2000-Netzwerk
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NNatSchG / NNatG	Niedersächsisches Naturschutzgesetz
NI	Niedersachsen
ÖBB	Ökologische Baubegleitung
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
WHG	Wasserhaushaltsgesetz

# **1 Einleitung**

## **1.1 SuedLink**

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, dass als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 21 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt B3. Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

## **1.2 Einordnung der Unterlage**

Das vorliegende Dokument „Teil K04 – Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen“ ist Bestandteil der Unterlagen für die Einreichung des Plans und der Unterlagen gem. § 21 NABEG für SuedLink im PFA B3.

## **1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments**

Gegenstand des vorliegenden Dokuments „Teil K04 – Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen“ ist die Beschreibung der Voraussetzungen, auf deren Grundlage naturschutzrechtliche Ausnahmen oder Befreiungen für SuedLink im PFA B3 zugelassen werden können.

Die in diesem Zusammenhang erforderlichen Zulassungsentscheidungen ergehen nicht gesondert, sondern werden von der Planfeststellung einkonzentriert.

## 2 Artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen

### 2.1 Rechtliche Grundlagen

Die in § 44 Abs. 1 BNatSchG formulierten Zugriffsverbote

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören

gelten für nach § 15 Abs. 1 BNatSchG unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 17 Abs. 1 BNatSchG zugelassen werden, nach Maßgabe des § 44 Abs. 5 BNatSchG (vgl. Unterlage Teil H Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag). Sind danach im Anhang IV lit. a der FFH-RL aufgeführte Arten und europäische Vogelarten (in Europa natürlich vorkommende Vogelarten im Sinne des Artikels 1 der VSch-RL) oder solcher Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind, betroffen, liegt ein Verstoß gegen die Verbote des § 44 Abs. 1 Nr. 1 und des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG in den unter § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 - Nr. 3 BNatSchG angeführten Fällen nicht vor. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor (§ 44 Abs. 5 S. 5 BNatSchG).

Gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG können im Einzelfall (u.a.) aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG) Ausnahmen von den Verboten des § 44 BNatSchG zugelassen werden.

Eine Ausnahme darf gemäß § 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG jedoch nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weiter gehende Anforderungen enthält.

### 2.2 Verbotstatbestände

Gemäß der in Teil H durchgeführten Prüfung auf Verbotstatbestände kann unter Berücksichtigung der dort aufgeführten Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen im Planfeststellungsabschnitt PFA B3 das Eintreten von Verbotstatbeständen ausgeschlossen werden. Es werden somit durch das Vorhaben SuedLink keine Zugriffsverbote gemäß § 44 (1) BNatSchG erzeugt.

#### 2.2.1 Konfliktbeschreibung

Kapitel für den gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt nicht relevant.

### **2.2.2 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen**

Kapitel für den gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt nicht relevant.

### **2.2.3 Fazit**

Kapitel für den gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt nicht relevant.



### 3 **Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen von Erklärungen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft gemäß §§ 23-29 BNatSchG**

#### 3.1 **Rechtliche Grundlagen**

Gemäß § 22 BNatSchG erfolgt die Unterschutzstellung von Teilen von Natur und Landschaft (§§ 23 - 29 BNatSchG) durch Erklärung. Die Erklärung bestimmt den Schutzgegenstand, den Schutzzweck, die zur Erreichung des Schutzzwecks notwendigen Gebote und Verbote, und, soweit erforderlich, die Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen oder enthält die erforderlichen Ermächtigungen hierzu.

Neben den in den Erklärungen geltenden Ausnahme- und Befreiungsregelungen, die bei Notwendigkeit im Folgenden für die im Planfeststellungsabschnitt B3 geschützten Teile von Natur und Landschaft erläutert werden, kann darüber hinaus gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG auf Antrag Befreiung von den Geboten und Verboten u.a. der §§ 23 - 29 BNatSchG oder nach dem Naturschutzrecht der Länder gewährt werden, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist

und die Befreiungssituation einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall erfasst, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Gemäß Unterlage I (LBP) Kapitel 5.2 sind 6 betroffene Landschaftsschutzgebiete ermittelt worden, für die im Folgenden geprüft wird, ob eine Ausnahme- oder Befreiungsvoraussetzung vorliegt (für weitere in Teil F (UVP) Kapitel 6.2 genannte LSG besteht keine Prüferfordernis):

- LSG „Finie“ (LSG HI 068)
- LSG „Osterwald“ (LSG HI 054)
- LSG „Saale“ (LSG HI 071)
- LSG „Selter“ (LSG HI 066)
- LSG „Hube, Greener Wald und Luhberg“ (LSG-NOM 010)
- LSG „Ilme“ (LSG-NOM 023)

#### 3.2 **Landschaftsschutzgebiet „Finie“ (LSG HI 068)**

Das knapp 260 ha große Landschaftsschutzgebiet „Finie“ liegt nordwestlich der Stadt Elze im Naturraum Börde im Landkreis Hildesheim. Das Gebiet besteht vorwiegend aus Laubwäldern, insbesondere Niederwaldbereiche aus Hainbuche sowie Buchenhochwald. Darüber hinaus gibt es artenreiche Halbtrockenrasen, weite Teile werden zudem ackerbaulich genutzt. Die teilweise flachgründigen Äcker auf kalkreichem Boden stellen Lebensraum für zahlreiche Ackerwildkräuter dar.

In § 2 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Finie“) ist der Schutzzweck für das LSG dargestellt. Dort heißt es:

„Ziel der Unterschutzstellung ist die Erhaltung und die Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Erhaltung und die Wiederherstellung der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Erhaltung der gebietstypischen Vielfalt und Eigenart sowie die Gewährleistung einer landschaftsverträglichen Einbindung, Rekultivierung und Nachnutzung des Kalkstein-Tagebaus in der Gemarkung Wülfigen, insbesondere durch:

- a) Erhaltung der typischen Oberflächengestalt;
- b) Erhaltung und Entwicklung naturnaher Wälder, Gehölze und Gebüsche, sowie historischer Waldnutzungsformen;
- c) Erhalt und Entwicklung von Magerrasen und Grünland,
- d) Erhalt und Entwicklung artenreicher Ackerwildkrautbestände auf Kalkäckern;
- e) Erhalt des vielfältigen und eigenartigen Landschaftsbildes der Kulturlandschaft als Voraussetzung für die ruhige Erholung,
- f) Rekultivierung und Folgenutzung des Kalksteinabbaus in der Gemarkung Wülfigen gem. den Zielen der Schutzverordnung

### 3.2.1 Konfliktbeschreibung

Das Landschaftsschutzgebiet „Finie“ liegt zwischen der Abschnittsgrenze bei km 0+000 und dem km 1+150 im Trassenverlauf. In diesem Bereich wird die Trasse in offener Bauweise errichtet. Nahezu alle betroffenen Flächen sind Ackerflächen, ein kleiner Graben (Gewässer 3. Ordnung) innerhalb der Ackerfläche wird offen gequert. Dieser wird im Anschluss an die Bauarbeiten wiederhergestellt (vgl. Teil I (LBP) Anhang 02 (Maßnahmenblätter), V 22.3). An zwei Stellen im LSG ist es erforderlich, kleinflächig Gehölze zu entnehmen. Es handelt sich um ~~einen Einzelbaum~~ zwei Einzelbäume, sowie einen Teil einer Strauch-/Baumhecke. In beiden Fällen findet eine Wiederherstellung der Gehölze im Anschluss an die Bautätigkeiten statt.

Es handelt sich um eine baubedingte, temporäre Flächeninanspruchnahme, es werden keine dauerhaften Anlagen errichtet. Da innerhalb des LSG lediglich die offene Bauweise zum Einsatz kommt, ist mit keinen erheblichen Lärmbelästigungen zu rechnen.

Gemäß § 3 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Finie“) bestehen folgende Verbote:

„§ 3 Verbote

Im Landschaftsschutzgebiet ist

1. Die Errichtung baulicher Anlagen aller Art, auch wenn keine baurechtliche Genehmigung erforderlich ist,
2. Die Errichtung von Versorgungs- oder Entsorgungseinrichtungen,
3. Die erhebliche Beeinträchtigung nicht bewirtschafteter Lebensräume, wie z.B. Säume und Gebüsche,
4. Die Ruhe der Natur durch unnötigen Lärm oder auf andere Weise zu stören,
5. Das Betreiben von motorisierten Modellflugzeugen,

6. Die Veränderung der Oberflächengestalt, insbesondere durch Aufschüttungen, Abgrabungen, Ablagerungen, Beseitigung von Senken oder Einbringen von Stoffen aller Art mit Ausnahme von Maßnahmen der land- und fortwirtschaftlichen Bodennutzung im Rahmen der guten fachlichen Praxis,
7. Die erhebliche Beeinträchtigung von Bäumen und Sträuchern außerhalb des Waldes,
8. Das Anpflanzen nicht standortheimischer Gehölze außerhalb des Waldes mit Ausnahme von Obstbäumen,
9. Die Verjüngung bestehender Laubwälder mit Nadelbäumen oder Hybridpappeln,
10. Die Neuanlage von Schmuckreisig- und Weihnachtsbaumkulturen sowie die Anlage von Baumschulen

Verboten, es sei denn, die §§ 4 und 5 enthalten andere Regelungen.

Gemäß § 4 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Finie“) bedürfen folgende Maßnahmen der vorherigen Zustimmung der Naturschutzbehörde:

„§ 4 Zustimmungspflichtige Maßnahmen

- (1) Die Untere Naturschutzbehörde erteilt auf Antrag eine Zustimmung
  1. Zum Ausbau oder zum Neubau von Wirtschaftswegen,
  2. Zur Erweiterung oder zum Ausbau vorhandener zulässiger baulicher Anlagen,
  3. Zur Erstaufforstung von Flächen
  4. Zur Beimengung von Nadelbäumen oder Hybridpappeln bei der Verjüngung bestehender Laubwälder bis zu einem Anteil von max. 10 % des verjüngenden Bestandes,

sofern dadurch der Schutzzweck nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

### 3.2.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen

Die Verlegung des Erdkabels verstößt gegen einige der in § 3 der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Finie“ aufgeführten Verbote (Errichtung einer Versorgungsleitung, temporäre Veränderung der Oberflächengestalt durch Bodenaushub im Bereich des Kabelgrabens, erhebliche Beeinträchtigung von Bäumen und Sträuchern außerhalb des Waldes).

Neben dem Bau des Erdkabels an sich, welcher in Konflikt mit § 3 Nr. 2 der VO steht, werden an zwei Stellen im LSG kleinflächig Gehölze entfernt (Verstoß gegen § 3 Nr. 7), welche nicht umgangen werden können:

- Bei km 00+300 ~~wird ein Einzelbaum~~ werden zwei Einzelbäume neben einem Feldweg gefällt, welcher sich im Arbeitsstreifen befindet, es handelt sich um einen „sonstigen Einzelbaum/Baumgruppe (HABE) mittlerer Bedeutung“, sowie einen „sonstigen Einzelbaum/Baumgruppe (HBE[Ah]1“ mit hoher Bedeutung. Östlich des Feldweges befinden sich weitere Büsche und Einzelbäume. Als Ausgleich für die Entnahme ~~des Baumes der Bäume~~ im Arbeitsstreifen findet eine Wiederherstellung in Form von Neuanpflanzung am selben Ort statt. Es findet die Maßnahme V 22.1 – Wiederherstellung von Gehölzen Anwendung (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter).

- Bei km 0+690 wird eine Strauch-/Baumhecke (Biotoptyp HFM) gequert, hier müssen kleinflächig Gehölze entfernt werden. Die Hecke besteht u.a. aus Arten wie Hartriegel, Weißdorn und Hundsrose. Sie stellt zudem einen geeigneten Lebensraum für den Neuntöter dar und wird somit ebenfalls in Teil H (Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag) berücksichtigt. Es findet die Maßnahme V 22.1 – Wiederherstellung von Gehölzen Anwendung (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter). Hierbei wird entsprechend der Maßnahmenbeschreibung auf standortgerechte Arten zurückgegriffen (geeignete Arten: Weißdorn, Hundsrose, Feldahorn). Die Neupflanzung findet in einer Lücke der bestehenden Hecke unmittelbar östlich der betroffenen Fläche statt.

### 3.2.3 Fazit

Entsprechend der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Finie“) besteht durch die Verlegung des Erdkabels sowie die kleinflächige Entnahme von Gehölzen an zwei Stellen im LSG ein Konflikt mit in § 3 der VO aufgeführten Verboten. Somit ist eine Befreiung gemäß § 7 der VO sowie § 67 BNatSchG erforderlich.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund liegen die Befreiungsvoraussetzungen vor.

### 3.3 Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“ (LSG HI 054)

Das Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“ liegt im Landkreis Hildesheim nordwestlich der Stadt Elze. Es handelt sich um einen bewaldeten Höhenzug, die westlichen Bereiche bestehen vorwiegend aus Nadelgehölzen, die östlichen, kalkreichen Bereiche sind mit Laubwäldern bestockt. Das LSG beherbergt zudem zahlreiche kleine Bäche und Quellbereiche sowie Auwald.

In § 2 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“) ist der Schutzzweck für das LSG dargestellt. Dort heißt es:

„(3) Ziel der Unterschutzstellung ist die Erhaltung und Entwicklung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Erhaltung und Wiederherstellung der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter und die Erhaltung der gebietstypischen Vielfalt und Eigenart, insbesondere durch:

- a) Erhaltung der typischen Oberflächengestalt
- b) Erhaltung und Entwicklung von naturnahen Wäldern, Gehölzen und Gebüsch
- c) Erhaltung und Entwicklung von naturnahen Bächen
- d) Erhaltung und Entwicklung von Magerrasen und Grünland
- e) Sicherung des Gebietes für die Erholung.“

### 3.3.1 Konfliktbeschreibung

Das Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“ ragt zwischen km 1+550 und km 3+000 in den Wirkraum des Vorhabens hinein, dabei verläuft die Trasse im Wesentlichen östlich des LSG. Lediglich zwischen den km 1+700 und km 2+250 liegt die Trasse bzw. Zuwegungen der Logistik innerhalb der LSG-Fläche. Dieser betroffene Bereich besteht aus landwirtschaftlicher Nutzfläche. ~~Im Kilometerbereich km 1+850/ Bei Kilometer~~ km 1+900 wird ein Feldweg in offener Bauweise gekreuzt, ~~hierbei wird wobei~~ kleinflächig die entlang des Feldwegs stehende Baumreihe beeinträchtigt ~~wird~~. Es handelt sich hierbei um den Biotoptyp „Allee/Baumreihe“ (HBA).

~~Darüber hinaus ist ein Gehölz bei der Kreuzung des Feldweges bei km 1+900 betroffen. Dabei wird der Biotoptyp „Baumhecke“ (HFB) gequert, die sich aus Schlehe, Hollunder sowie Hundsrose zusammensetzt.~~

Es handelt sich um eine baubedingte, temporäre Flächeninanspruchnahme, es werden keine dauerhaften Anlagen errichtet. Da innerhalb des LSG lediglich die offene Bauweise zum Einsatz kommt, ist mit keinen erheblichen Lärmbelastigungen zu rechnen.

Gemäß § 3 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“) sind folgende Handlungen verboten:

#### „§ 3 Verbotene Handlungen

Folgende Handlungen sind im LSG verboten, es sei denn, die §§ 4 und 5 enthalten andere Regelungen:

- a) Die Errichtung von baulichen Anlagen aller Art, auch wenn diese keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen.
- b) Die Errichtung von Ver- und Entsorgungseinrichtungen.
- c) Die erhebliche Beeinträchtigung von Gewässern oder Teilen davon.
- d) Die erhebliche Beeinträchtigung nicht bewirtschafteter Lebensräume, wie z. B. Wegsaumgesellschaften, Ruderalfluren und Röhrichen.
- e) Die Ruhe der Natur durch unnötigen Lärm oder auf andere Weise zu stören.
- f) Das Anlegen von Fischteichen.
- g) Das Ablassen des Wassers von Teichen in den Monaten Januar bis August.

Das Betreiben von Modellflugzeugen sowie das Starten und Landen mit sonstigen, auch nicht zulassungspflichtigen Luftfahrzeugen aller Art.

- h) Die Veränderung der Oberflächengestalt, insbesondere durch Aufschüttungen, Abgrabungen, Ablagerungen, Beseitigung von Senken, Einbringen von Stoffen aller Art, mit Ausnahme von Saat, Ernte, Dünger und Pflanzenbehandlungsmitteln im Rahmen ordnungsgemäßer landwirtschaftlicher Bodennutzung.
- i) Die erhebliche Beeinträchtigung von Bäumen und Sträuchern außerhalb des Waldes.
- j) Das Anpflanzen nicht standortheimischer Gehölze außerhalb des Waldes mit Ausnahme von Obstbäumen.
- k) Die Neuanlage von Nadelholzforsten in Bachauen.
- l) Auf den gemäß § 1 Abs. 3 dargestellten Kalkstandorten sind innerhalb des Waldes verboten:

- m) Kahlschläge in Laubwäldern auf zusammenhängenden Flächen von mehr als 1 ha.
- n) Die künstliche Verjüngung von Laubwäldern mit Beimengungen von mehr als 10 % Nadelbäumen oder Hybridpappeln.
- o) Die Neuanlage von Nadelholzforsten mit einer zusammenhängenden Fläche von über 0,1 ha.“

Gemäß § 4 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“) bedürfen folgende Handlungen der vorherigen Zustimmung der Naturschutzbehörde:

„§ 4 Zustimmungspflichtige Handlungen

(1) Der vorherigen Zustimmung der Naturschutzbehörde bedürfen:

- a) Der Aus- und Neubau von Wirtschaftswegen.
- b) Die Erweiterung und der Ausbau vorhandener zulässiger baulicher Anlagen sowie die Neuerrichtung baulicher Anlagen, die einem forst- oder landwirtschaftlichen Betrieb dienen.
- c) Die Neuanlage von Schmuckreisig- und Weihnachtsbaumkulturen sowie die Anlage von Baumschulen.
- d) Die Umwandlung zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung vorhandenen Grünlandes auf dem Flurstück 119/3 der Flur 1 der Gemarkung Wittenburg und auf den Flurstücken 1/1, 1/2, 2, 4 und 6/1 der Flur 1 der Gemarkung Mehle in Ackerland sowie die Erneuerung der Grünlandnarbe durch Umbruch und Neuansaat.
- e) Die Erstaufforstung von Flächen.
- f) Kahlschläge in Laubwäldern auf den gemäß § 1 Abs. 3 dargestellten Kalkstandorten auf zusammenhängenden Flächen über 0,5 und unter 1 ha.
- g) Die Zustimmung für die Handlungen kann mündlich erteilt werden. Sie gilt als erteilt, wenn nicht innerhalb von vier Wochen nach Eingang und Bestätigung des Antrages eine anderslautende Verfügung erlassen wird.
- h) Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.“

Gemäß § 6 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“) kann die Naturschutzbehörde von den Verboten des § 3 auf Antrag Befreiung gewähren.

### 3.3.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen

Die Verlegung des Erdkabels verstößt gegen einige der in § 3 der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“ aufgeführten Verbote (Errichtung einer Versorgungsleitung, Veränderung der Oberflächengestalt durch Bodenaushub im Bereich des Kabelgrabens, erhebliche Beeinträchtigung von Bäumen und Sträuchern außerhalb des Waldes).

Neben dem Bau des Erdkabels an sich, welcher in Konflikt mit § 3 b) der VO steht, werden an einer Stelle kleinflächig eine Gehölzentnahme innerhalb einer Baumreihe entfernt (Verstoß gegen § 3 c) und i) der VO):

- Bei km ~~1+850/km~~ 1+900 wird kleinflächig, die entlang des Feldwegs stehende Baumreihe, sowie eine Baumhecke (HFB) mit hoher Bedeutung beeinträchtigt.



Es findet die Maßnahme V 22.1 – Wiederherstellung von Gehölzen Anwendung (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter). Entsprechend der Maßnahmenbeschreibung werden hierfür standortangepasster Arten verwendet. Im Falle eines erforderlichen Restausgleichs aufgrund der Wiederherstellungsdauer findet darüber hinaus ein funktionaler Ausgleich in unmittelbarer Nähe in Form der Maßnahme E 32 – Ökokonto „Stadtwerke Barsinghausen“ (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter) statt.

### 3.3.3 Fazit

Entsprechend der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“) besteht durch die Verlegung des Erdkabels ein Konflikt mit den dort in § 3 aufgeführten Verboten. Somit ist eine Befreiung gemäß § 6 der VO sowie § 67 BNatSchG erforderlich.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund liegen die Befreiungsvoraussetzungen vor.

## 3.4 Landschaftsschutzgebiet „Saale“ (LSG HI 071)

Das Landschaftsschutzgebiet „Saale“ umfasst die Fließgewässer Saale inklusive eines Randstreifens und angrenzende wertvolle Bereiche innerhalb des Landkreises Hildesheim. Unter den angrenzenden wertvollen Bereichen sind beispielsweise Auwälder, Hochstaudenfluren oder extensives Grünland zu finden. Der Oberlauf der Saale befindet sich im Gemeindegebiet der Gemeinde Leinebergland, der Unterlauf im Gebiet der Stadt Elze.

In § 3 Abs. 1 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Saale“) ist der Schutzzweck für das LSG dargestellt. Dort heißt es:

(1) „Schutzzweck (...) ist der Erhalt die Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeiten der Naturgüter, einschließlich von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten, sowie des Landschaftsbildes durch

1. Die Erhaltung des naturraumtypischen Gebietscharakters, insbesondere durch den Erhalt
  - a) Naturnaher, nicht ausgebauter Fließgewässerabschnitte,
  - b) vorhandener Uferrandstreifen,
  - c) von Grünland in der Aue
  - d) Auentypischer Gehölze und Lebensräume
2. Die Wiederherstellung eines leistungsfähigen Naturhaushaltes mit einer naturnahen Fließgewässeraue, insbesondere durch
  - a) die Wiederherstellung des auentypischen Landschaftsbildes mit Gewässer begleitenden Gehölzen

- b) die Vermehrung autotypischer Lebensräume für Arten und Lebensgemeinschaften,
  - c) die Verbesserung der Gewässerstruktur durch abschnittsweise eigendynamische Entwicklung,
  - d) die Vernetzung autotypischer Lebensräume für Arten und Lebensgemeinschaften zur Schaffung kohärenter Biotopverbunde,
3. die Erhaltung und Entwicklung einer potenziell natürlichen Fischfauna mit den Leitarten Groppe und Bachneunaugen sowie Elritze, Schmerle und Bachforelle
  4. die Entwicklung von Uferstrandstreifen entlang der Fließgewässer, insbesondere in Ackerbaugeländen zur Verminderung der Beeinträchtigung der Gewässer sowie zur Verbesserung des Lebensraum-Angebotes für Arten und Lebensgemeinschaften.
  5. die natürliche Entwicklung auf den in der Karte (Blatt 1 – Unterlauf) als „Flächen mit natürlicher Waldentwicklung“ dargestellten Flächen der Niedersächsischen Landesforsten.“

In Abs. 2 werden nachfolgend die Erhaltungsziele des gleichnamigen FFH-Gelbietes (FFH-Gelbiet Saale) aufgeführt. Eine Prüfung dieser findet sich in Teil G (Natura 2000-Verträglichkeitsprüfungen).

### 3.4.1 Konfliktbeschreibung

Das Landschaftsschutzgebiet „Saale“ ragt südwestlich von Elze in den Korridor des Vorhabens SuedLink hinein und quert diesen. Zwischen den Ortschaften Quantzof und Mehle verläuft das LSG zunächst parallel zum Vorhaben, in einem Abstand von ca. 130 m, südöstlich von Mehle wird das LSG im Kilometerbereich km 5+100 bis km 5+450 geschlossen unterquert. Es handelt sich hierbei um die Saale, welche mit ihrem Gehölz bestandenen Ufersaum in diesem Bereich mit einer Breite von etwa 130 m durch den Korridor verläuft. Es besteht ein Mindestabstand von 45 m (nördliche Baugrube) bzw. 160 m (südliche Baugrube) zwischen der LSG-Grenze und den Baugruben für die geschlossene Unterquerung der Saale.

Der Hauptflächenanteil des im Wirkraum liegenden LSG-Bereiches liegt innerhalb des Landkreises Hildesheim, ein kleinerer Teil am westlichen Rand des Untersuchungsraumes befindet sich im Landkreis Hameln-Pyrmont.

Aufgrund der Umgehung bzw. geschlossenen Unterquerung der LSG-Flächen findet keine direkte Beeinträchtigung des LSG „Saale“ statt. Es wird an keiner Stelle eine Handlung innerhalb der LSG-Fläche durchgeführt, auch die Baugruben für die geschlossene Querung liegen außerhalb der LSG-Grenzen.

Von den Baugruben gehen jedoch temporär Wirkungen aus, welche indirekt ins LSG hineinreichen, dies sind beispielsweise hydrologische Veränderungen durch die Bauwasserhaltung oder Lärm (Startgrube nördlich des LSG). Auf diese wird im Folgenden eingegangen.

Die Bauwasserhaltung hat keine negativen Auswirkungen auf das LSG: Möglicherweise anfallendes Bauwasser wird in die südlich der Saale fließende Riehe eingeleitet und falls erforderlich vorab gereinigt. Eine detaillierte Beschreibung findet sich in der Unterlage Teil J (Fachbeitrag EU-Wasserrahmenrichtlinie). Die Absenkrichter für die Bauwasserhaltung reichen zwar in das LSG hinein, größere Fließgewässer wie die Saale sind jedoch von geringen und lediglich temporären



Grundwasserabsenkungen von wenigen Wochen unabhängig und werden hierdurch nicht maßgeblich beeinflusst. Dies trifft auch auf die unmittelbar angrenzende Ufervegetation zu.

In einem kleinen Bereich des LSG kommt es temporär zu Lärmbeeinträchtigungen an der Startgrube, welche sich in einem Abstand von ca. 50 m zur LSG-Grenze befindet. Dem Schallgutachten zufolge wird somit ein kleiner Teil der LSG-Fläche durch temporären Baulärm beeinträchtigt. Es handelt sich hierbei um Lärm mit einer Stärke zwischen ca. 47 dB(A) und 58 dB(A).

Auf den Wirkfaktor Lärm wird zudem ausführlich in den Unterlagen Teil H (Artenschutz-Bericht), Teil G (Natura 2000-Verträglichkeitsprüfungen) sowie in Teil E02 (Lärm) eingegangen.

Gemäß § 4 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Saale“) sind folgende Handlungen verboten:

„§ 4 Verbote

(1) Im LSG sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Insbesondere sind folgende Handlungen im LSG verboten, da sie dem Schutzzweck oder dem Erhaltungsziel nach § 3 der Verordnung zuwiderlaufen, soweit in § 5 oder § 6 dieser Verordnung keine anderslautenden Regelungen getroffen werden:

1. Die Errichtung baulicher Anlagen aller Art, auch solcher, die keiner Genehmigung der Bauaufsichtsbehörde oder sonstiger Genehmigung/Erlaubnis bedürfen oder die nur vorübergehender Art sind,
2. die Veränderung der Bodengestalt, insbesondere durch Abgrabung, Ausschachtung Aufschüttung, Ablagerung oder das Auf- oder Einbringen von Stoffen aller Art einschließlich Rübenerde und Klärschlamm,
3. die Veränderung oder Beseitigung von Quellen, Tümpeln, Teichen oder sonstigen Stillgewässern,
4. das Einbringen, Ausbringen oder Ansiedeln von nicht heimischen, gebietsfremden oder invasiven Pflanzen oder Tieren,
5. das Anlegen von Weihnachtsbaum- oder Schmuckreisigkulturen,
6. vorhandene Uferrandstreifen oder Flächen, die unbewirtschaftet sind, zu düngen, zu verändern, umzubrechen oder zu zerstören,
7. der Umbruch von Hochstaudenfluren,
8. das Mähen oder Abschieben von Wegeseitenrändern oder unbewirtschafteten Flächen zwischen dem 1. April und dem 15. Juli eines Jahres,
9. dem Schutzzweck entgegenstehende wasserbauliche Maßnahmen, wie z. B. Begradigungen, Verrohrungen sowie Uferbefestigungen, die nicht unter die Regelungen des § 43 Niedersächsischen Wasserhaushaltsgesetzes (NWG) fallen,
10. die Beseitigung oder Beschädigung von Sträuchern oder Bäumen außerhalb des Waldes,
11. Entwässerungsmaßnahmen, Wasserentnahmen oder sonstige Maßnahmen, die zu Veränderungen des Wasserhaushalts führen können,

12. die Errichtung von oberirdischen Ver- oder Entsorgungsleitungen,
13. das Lagern, Zelten oder Campen außerhalb der hierfür behördlich zugelassenen Flächen
14. das Entzünden und Unterhalten von offenem Feuer,
15. der Betrieb von Motor-Modellflugzeugen oder Drohnen,
16. das Befahren der Saale mit Booten oder sonstigen Wasserfahrzeugen aller Art,
17. die Ruhe der Natur durch Lärm oder auf andere Weise zu stören,
18. Hunde unangeleint laufen zu lassen; ausgenommen ist die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd sowie das Führen von Rettungshunden.“

Gemäß § 5 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Saale“) bestehen nachfolgende Erlaubnisvorbehalte:

„§ 5 Erlaubnisvorbehalte

- (1) Folgende Handlungen und Maßnahmen bedürfen im LSG unbeschadet anderer öffentlich-rechtlicher Genehmigungen und Erlaubnisse der vorherigen Erlaubnis der zuständigen Naturschutzbehörde:
  1. der Neu- oder Ausbau von Wirtschaftswegen,
  2. die Erweiterung, der Ausbau oder die wesentliche Veränderung vorhandener, zulässiger baulicher Anlagen oder die Errichtung von genehmigungsfreien baulichen Anlagen mit einer Grundfläche von max. 5m<sup>2</sup> und einer Höhe von max. 3 m,
  3. die Umwandlung von Dauergrünland in Ackerland oder in andere Nutzungen,
  4. die Unterhaltung und Instandsetzung bestehender Entwässerungseinrichtungen, sofern sie ohne die Herstellung zusätzlicher Entwässerungsmaßnahmen durchgeführt wird, insbesondere ohne Maßnahmen zur Absenkung des Grundwasserstandes und ohne die Neuanlage von z. B. Gräben oder Drainagen; Anpassungen der Vorflut bei Abflussänderungen, die von außen auf das LSG wirken, bleiben nach vorheriger Anzeige bei der Naturschutzbehörde zulässig
  5. die Neuanlage von unterirdischen Ver- oder Entsorgungsleitungen,
  6. die Beseitigung von Hybridpappeln oder Nadelgehölzen außerhalb des Waldes,
  7. die Wiederherstellung von Uferbefestigungen nach den Maßgaben des § 43 Niedersächsisches Wassergesetz mit natürlichen und dem Standort angepassten Materialien.
- (2) Die Erlaubnis ist, unbeschadet anderer Rechtsvorschriften, auf Antrag von der zuständigen Naturschutzbehörde zu erteilen, wenn die beabsichtigte Maßnahme/Handlung den Charakter des LSG nicht verändert oder dem Schutzzweck oder dem Erhaltungsziel nach § 3 dieser Verordnung nicht zuwiderläuft. Die Erlaubnis kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.“

### 3.4.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen

Aufgrund der Umgehung bzw. geschlossenen Unterquerung des Landschaftsschutzgebietes „Saale“ findet keine direkte Beeinträchtigung des LSG statt.

Die indirekte, temporäre Lärmeinwirkung verstößt gegen § 4 Abs. 1 Nr. 19 der Schutzgebietsverordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Saale“) und bedarf somit einer behördlichen Befreiung gemäß § 67 BNatSchG, der in § 3 der VO aufgeführte Schutzzweck des LSG bleibt jedoch erhalten und wird nicht erheblich beeinträchtigt oder zerstört, da es sich ausschließlich um eine temporäre, indirekte Wirkung handelt, welche nicht in den Naturhaushalt oder das Landschaftsbild des Schutzgebietes eingreift. Somit sind keine Maßnahmen erforderlich.

### 3.4.3 Fazit

Das Vorhaben SuedLink steht in Konflikt mit den gemäß § 4 VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Saale“). Somit ist eine behördliche Befreiung gemäß § 67 BNatSchG erforderlich.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund liegen die Befreiungsvoraussetzungen vor.

## 3.5 Landschaftsschutzgebiet „Selter“ (LSG HI 066)

Das Landschaftsschutzgebiet „Selter“ liegt im Naturraum Weser- und Weser-Leinebergland, im Alfelder Bergland. Es handelt sich um einen mit Buchenwald bestandenen Höhenzug, eine Besonderheit stellen die darin enthaltenen Kalkklippen aus dem Jura, sowie die steilen nach Nordosten ausgerichteten Hänge dar. Auch die umgebenden Bereiche sind aufgrund ihrer Vielfältigkeit und Naturbelassenheit besonders wertvoll, zu nennen sind hier u.a. Grünlandbereiche, Obstwiesen, Hecken, Fließgewässer und Wegraine, welche einen wertvollen Lebensraum für Tiere und Pflanzen darstellen.

In § 2 Abs. 2 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter“) ist der Schutzzweck für das LSG dargestellt. Dort heißt es:

„(2) Ziel der Unterschutzstellung ist die Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie die Erhaltung der gebietstypischen Vielfalt und Eigenart des Landschaftsbildes als Voraussetzung für eine ruhige Erholung insbesondere durch:

1. die Erhaltung und Entwicklung großflächiger, naturnaher Buchen- und Buchenmischwälder,
2. die Erhaltung der Klippen und die Entwicklung und Erhaltung der Schatthangwälder als naturnahe Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt,
3. die Erhaltung und Entwicklung des Grünlands, der Obstwiesen, der Saumgesellschaften sowie standortgerechter Gehölze, Gebüsche der Feldflur und der Waldränder,

4. den Schutz der Fließgewässer und des Grundwassers vor Stoffeinträgen,
5. den Schutz des Bodens und der typischen Oberflächengestalt.“

### 3.5.1 Konfliktbeschreibung

Die Trasse SuedLink PFA B3 verläuft Im Landkreis Hildesheim zwischen km 28+650 und km 30+300 (westlicher Teilbereich) sowie zwischen km 33+000 und km 35+000 (östlicher Teilbereich) innerhalb des LSG „Selter“. Zwischen den beiden gequerten Bereichen verläuft das LSG im Kilometerbereich km 30+300 bis km ~~34+850~~ 33+000 innerhalb des Wirkraumes, jedoch südlich der Trassenführung. Der betroffene Bereich des LSG besteht zum großen Anteil aus landwirtschaftlicher Nutzfläche. Einige kleinere Waldbereiche sind ebenfalls vorhanden, werden aber unterquert und bleiben somit unbeeinträchtigt. Im oben beschriebenen westlichen Teilbereich findet daher neben der offenen Bauweise an zwei Stellen die geschlossene Bauweise zur geschlossenen Unterquerung von Fließgewässern Anwendung. Im östlichen Bereich finden neben der offenen Bauweise drei geschlossene Querungen statt. Diese dienen an zwei Stellen dem Schutz vorhandener Fließgewässer inklusive deren Auenbereichen sowie an einer Stelle dem Schutz von Gehölzen.

Gemäß § 3 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter“) sind folgende Handlungen verboten:

#### „§ 3 Verbote

##### (1) Im Landschaftsschutzgebiet ist

1. die Errichtung baulicher Anlagen aller Art, auch wenn keine baurechtliche Genehmigung erforderlich ist,
2. die Veränderung der Oberflächengestalt durch Entnahme von Bodenbestandteilen oder durch Aufbringen von Stoffen aller Art mit Ausnahme von Maßnahmen im Rahmen ordnungsgemäßer land- und forstwirtschaftlicher Bodennutzung,
3. die erhebliche Beeinträchtigung von Gewässern oder Teilen davon,
4. die Beseitigung oder erhebliche Beeinträchtigung von Bäumen, Sträuchern außerhalb des Waldes sowie nicht bewirtschafteter Lebensräume (z. B. Wegsaumgesellschaften und Ruderalfluren),
5. das Anpflanzen von Nadel- und Ziergehölzen sowie die Neubegründung von Weihnachtsbaum- oder Schmuckreisigkulturen außerhalb des Waldes,
6. das Betreiben von Flugmodellen sowie das Starten und Landen von zulassungspflichtigen Fluggeräten,
7. das unnötige Stören der Ruhe der Natur (z. B. durch Sport abseits der Wege oder durch laute Musik),
8. das Zelten, Lagern und Feuer anzünden, außerhalb der dafür ausgewiesenen Flächen,
9. das Abstellen von Wohnwagen und Wohnmobilen außerhalb der behördlich zugelassenen Flächen,

verboten, es sei denn, die §§ 4 und 5 enthalten andere Regelungen.

##### (2) Ferner ist im Wald

1. die Förderung und Einbringung im forstlichen Sinne nicht standortgerechter Baum und Straucharten,

2. die flächige Entnahme von Bäumen in Laubwäldern auf einer zusammenhängenden Fläche von mehr als 0,5 ha,
3. die künstliche Erhöhung des Buchenanteils in der gemäß § 1 (3) dargestellten Schatthangwaldzone,
4. der Neubau von Wegen innerhalb der gemäß § 1 (3) dargestellten Schatthangwaldzone,

verboten, es sei denn, die §§ 4 und 5 enthalten andere Regelungen.“

Folgende Handlungen oder Maßnahmen bedürfen gemäß § 4 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter“) einer behördlichen Zustimmung:

„§ 4 Zustimmungspflichtige Maßnahmen

(1) Die Untere Naturschutzbehörde erteilt auf Antrag eine Zustimmung

1. zur Bodenentnahme für den Eigenbedarf der Eigentümer im Rahmen des Wegebaus,
2. zur Errichtung von Ver- und Entsorgungsleitungen,
3. zum Aus- und Neubau von Wirtschaftswegen,
4. zur Neuaufforstung von Ackerland mit im forstlichen Sinne standortgerechten Laubgehölzen,
5. für den Bodenabbau in dem nach dem Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises beschlossenen Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung,
6. zur Umwandlung des zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung vorhandenen und in der Karte gem. § 1 (3) gekennzeichneten Grünlandes in andere Nutzungsformen,

sofern dadurch der Schutzzweck nicht beeinträchtigt wird.“

An folgenden Stellen im LSG „Selter“ findet ein Verstoß gegen die oben aufgeführten Verbote in Form temporärer Beeinträchtigung von Gewässern oder Gehölzeingriffen statt:

Bei km 28+700 befinden sich drei Gehölze am Rande des LSG „Selter“ innerhalb des Arbeitsstreifens. Hierbei handelt es sich um zwei Obstbäume, sowie ein Gehölz des Biotoptyps „sonstiger Einzelbaum/Baumgruppe“ (HBE).

Bei km 33+050 innerhalb des östlichen Teilbereichs liegt eine Allee/Baumreihe (HBA) am Rande der LSG-Fläche innerhalb des Arbeitsstreifens. Im Rahmen der Bauausführung wird versucht, durch eine vorhandene Lücke in der Hecke zu gehen, im Voraus kann jedoch nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob dies möglich ist oder ggf. doch kleinflächig Gehölze entnommen werden müssen. Als worst-case-Betrachtung wird daher sicherheitshalber von einer Inanspruchnahme von Gehölzen ausgegangen.

Aufgrund einer Zuwegung bei km 33+400 ist ein Einzelbaum am Rande des Schutzgebietes betroffen.

Bei km 33+600 ist eine Strauch-Baumhecke (HFM) kleinflächig innerhalb der Arbeitsfläche betroffen.

Bei km 33+850 findet eine offene Querung (Verrohrung) eines Grabens statt. Es handelt sich hierbei um einen nährstoffreichen Graben geringer Bedeutung zwischen

zwei landwirtschaftlich genutzten Feldern. Die neben dem Graben stehende Baumreihe ist zum Teil durch das Vorhaben betroffen. Der vorhandene Feldweg wird genutzt um die Beeinträchtigung so geringfügig wie möglich zu halten. In Folge des Arbeitsstreifens und der Trassenführung ist die Entnahme zweier Bäume der Baumreihe notwendig. ~~wird nicht beeinträchtigt, es wird hier der vorhandene Feldweg genutzt eine vorhandene Lücke in der Baumreihe, sodass keine Beeinträchtigung von Gehölzen stattfindet.~~

Bei km 34+200 sind zwei Einzelbäume durch den Trassenverlauf betroffen. Diese liegen außerhalb des sich anschließenden § 30 geschützten Biotop.

Bei km 34+250 befindet sich innerhalb des LSG ein gemäß § 30 geschütztes Biotop. Es handelt sich hierbei um ein Erlen-Weiden-Bachuferwald. Unmittelbar daneben liegt ein nicht nach § 30 geschützter Streifen einer Strauch-Baumhecke hoher Bedeutung. Das Biotop liegt nördlich des Trassenverlaufs, jedoch im Bereich der Arbeitsfläche (Logistikroute). Eine detaillierte Beschreibung/ Prüfung des § 30-Biotops findet in Kapitel 4.2 dieser Unterlage statt. Daher wird das § 30-Biotop an dieser Stelle nicht hinsichtlich einer möglicherweise stattfindenden Beeinträchtigung und ggf. erforderlicher Ausnahmegenehmigungen oder Befreiungen geprüft. Hier findet lediglich die Prüfung auf mögliche Konflikte mit dem Schutzzweck des LSG sowie die Prüfung, ob gegen ein Verbot der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter“) besteht, statt. Dabei wird die Beeinträchtigung der nicht nach § 30 geschützten Baum-Strauchhecke berücksichtigt.

### 3.5.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen

Im LSG „Selter“ wird gegen folgende in § 3 der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter“) aufgeführten Verbote verstoßen:

- Veränderung der Oberflächengestalt durch Entnahme von Bodenbestandteilen (temporär)
- erhebliche Beeinträchtigung von Gewässern oder Teilen davon
- Beseitigung oder erhebliche Beeinträchtigung von Bäumen, Sträuchern außerhalb des Waldes

Folgende im Rahmen des Vorhabens SuedLink PFA B3 durchgeführte Handlungen bedürfen gemäß § 4 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter“) einer behördlichen Zustimmung:

- Errichtung von Ver- und Entsorgungsleitungen

Neben dem Bau des Erdkabels an sich, welcher der behördlichen Zustimmung bedarf, stehen folgende Eingriffe innerhalb der LSG-Fläche in Konflikt mit den Verboten gemäß § 3 der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter“):

- Entnahme von zwei Obstbäumen, sowie ein Gehölz des Biotoptyps „sonstiger Einzelbaum/Baumgruppe“ (HBE) bei km 28+700.
- Ggf. erforderliche kleinflächige Entnahme von Gehölzen innerhalb einer Baumreihe bei km 33+050. ~~Zum Ausgleich der der Beeinträchtigungen findet folgende Maßnahme Anwendung (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter): V 22.1 – Wiederherstellung von Gehölzen. Entsprechend der Maßnahmenbeschreibung werden hierfür standortangepasster Arten verwendet. Im Falle eines erforderlichen Restausgleichs aufgrund der Wiederherstellungsdauer findet darüber hinaus~~



~~ein funktionaler Ausgleich in unmittelbarer Nähe in Form der Maßnahme E 27 – Aufwertung der Leineaue bei Volksen (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter)) statt.~~

- Entnahme eines Einzelbaumes bei km 33+490 aufgrund einer Zuwegung.
- Innerhalb des Arbeitsstreifens bei km 33+600 ist eine Strauch-Baumhecke (HFM) betroffen.
- Offene Grabenquerung bei km 33+850. Hierbei sind zwei Bäume durch die Trasse und den Arbeitsstreifen betroffen. ~~Zum Ausgleich der Beeinträchtigungen findet folgende Maßnahme Anwendung (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter): Maßnahme V 22.3 – Wiederherstellung von Gräben Anwendung.~~
- Bei km 34+200 kommt es zur Entnahme von zwei Bäumen.
- Entnahme von Gehölzen einer Baum-/Strauchhecke in km 34+250 (Zuwegung). ~~Zum Ausgleich der der Beeinträchtigungen finden folgende Maßnahmen Anwendung (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter): V 22.1 – Wiederherstellung von Gehölzen und E 27 – Aufwertung der Leineaue bei Volksen statt. Bei der Wiederherstellung der Gehölze werden entsprechend der Maßnahmenbeschreibung standortangepasste Arten verwendet. Zum weiteren Ausgleich der Wiederherstellungsdauer findet im Rahmen der Maßnahme E 27 ein Ausgleich in Form von Aufwertung der Leineaue bei Volksen im Naturraum Weser- und Weser-Leinebergland statt.~~

Zum Ausgleich der Beeinträchtigungen finden folgende Maßnahmen Anwendung (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter):

- V 22.1 – Wiederherstellung von Gehölzen. Entsprechend der Maßnahmenbeschreibung werden hierfür standortangepasster Arten verwendet. Im Falle eines erforderlichen Restausgleichs aufgrund der Wiederherstellungsdauer findet darüber hinaus ein funktionaler Ausgleich in unmittelbarer Nähe in Form der Maßnahme E 27 – Aufwertung der Leineaue bei Volksen (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter)) statt.
- Maßnahme V 22.3 – Wiederherstellung von Gräben.

### 3.5.3 Fazit

Entsprechend der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter“) bedarf der Bau einer neuen Versorgungsleitung innerhalb des LSG der behördlichen Zustimmung. Zudem wird an einigen Stellen gegen die in der VO aufgeführten Verbote verstoßen, sodass in diesem Falle trotz der vorgesehenen Maßnahmen eine Befreiung gemäß § 7 der VO bzw. gemäß § 67 BNatSchG erforderlich ist.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund liegen die Befreiungsvoraussetzungen vor.

### 3.6 Landschaftsschutzgebiet „Selter und Nollenberg“ (LSG NOM 022)

Das Landschaftsschutzgebiet „Selter und Nollenberg“ besteht aus mehreren Teilgebieten, welche sich in den Landkreisen Hildesheim, Holzminden und Northeim zwischen den Ortschaften Freden (Leine), Erzhausen und Stroitz befinden. Naturräumlich gesehen befindet sich das LSG im „Weser- Leine-Bergland“.

Hervorzuheben sind im LSG die großflächig ausgedehnten Waldmeister-Buchenwälder sowie die teilweise vorhandenen Steilhänge. Aufgrund der schattigen Lage und hohen Niederschlagsmenge sind zudem kleinflächig Schlucht- und Hangmischwälder sowie eine diverse Flora an Farn- und Moosarten im Gebiet zu finden.

Das LSG liegt zudem im FFH-Gebiet „Laubwälder und Klippenbereiche im Selter, Hils und Greener Wald“. Die Prüfung potenzieller Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes findet in Unterlage Teil G (Natura 2000-Verträglichkeitsprüfungen) statt. Der besondere Schutzzweck zum Natura 2000-Gebiet ist in § 3 der LSG-Verordnung festgelegt.

Der allgemeine und besondere Schutzzweck nach § 2 Abs. 2 und 3 der Schutzgebietsverordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet der „Selter und Nollenberg“) ist:

„(2) Allgemeiner Schutzzweck für das LSG ist nach Maßgabe der §§ 26 Abs. 1 und 32 Abs. 3 BNatSchG i. V. m. § 19 NAGBNatSchG

1. die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter im Sinne dieser Verordnung, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,
2. die Vielfalt, Eigenart, Schönheit sowie die kulturhistorische Bedeutung der Landschaft in Verbindung mit ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung.

(2) Besonderer Schutzzweck für das LSG ist die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung

1. struktur-, arten-, totholzreicher und mesophiler Buchenlaubwälder mit Rotbuche (*Fagus sylvatica*) und der Eichen- und Hainbuchenmischwälder mit Stiel-Eiche (*Quercus robur*),
2. naturnaher Schlucht- und Hangschuttwälder, in möglichst allen natürlichen Entwicklungsphasen, im Komplex mit Kalkfelsbiotopen und ihrer gut entwickelten Farn-, Flechten- und Moosgesellschaften,
3. zusammenhängender Waldflächen mit dauerhaft ungenutzten Bereichen natürlicher Waldentwicklung, in möglichst allen natürlichen und naturnahen Entwicklungsphasen, mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Habitatbäumen sowie Alt- und Totholz, insbesondere von einzelnen alten und uralten, teilweise kulturhistorisch gewachsenen Baumbeständen zur dauerhaften Sicherung der Habitatkontinuität und als Fledermausquartiere,
4. alter, in Teilen unterwuchsarmer Buchenwälder, die sich aufgrund ihres Hallenwaldcharakters besonders als Jagdgebiet für die lokalen Populationen des Großen Mausohres eignen,
5. struktur- und artenreicher Waldränder, Waldlichtungsfluren, Feldgehölze, Gebüsche und Wegraine,



6. saumartenreicher Kalk-Magerrasen,
7. der im Gebiet wild lebenden Pflanzen- und Tierarten sowie ihrer Lebensgemeinschaften,
8. stabiler Populationen seltener oder geschützter Arten sowie ihrer Biozönos, insbesondere der Pflanzenarten Gelber Eisenhut (*Aconitum lycoctonum* ssp. *lycoctonum*), Großes Windröschen (*Anemone sylvestris*), Hirschzunge (*Asplenium scolopendrium*), Braunstiel-Streifenfarn (*Asplenium trichomanes*), Braunrote Stendelwurz (*Epipactis atrorubens*), Zierliches Labkraut (*Galium pumilum*), Grüne Nieswurz (*Helleborus viridis*), Schwarze Platterbse (*Lathyrus niger*), Gelappter Schildfarn (*Polystichum aculeatum*), Mittlerer Tüpfelfarn (*Polypodium interjectum*) sowie der wild lebenden Tierarten, darunter die Säugetiere Wildkatze (*Felis silvestris*), Luchs (*Lynx lynx*), Haselmaus (*Muscardinus avellanarius*), die Fledermäuse Mopsfledermaus (*Barbastella barbastellus*), Breitflügelfledermaus (*Eptesicus serotinus*), Bechsteinfledermaus (*Myotis bechsteinii*), Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*), Großes Mausohr (*Myotis myotis*), Kleine Bartfledermaus (*Myotis mystacinus*), Fransenfledermaus (*Myotis nattereri*), Großer Abendsegler (*Nyctalus noctula*), Braunes Langohr (*Plecotus auritus*), Graues Langohr (*Plecotus austriacus*), Rauhautfledermaus (*Pipistrellus nathusii*), Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*) sowie die Vögel Uhu (*Bubo bubo*), Schwarzstorch (*Ciconia nigra*), Schwarzspecht (*Dryocopus martius*), Wanderfalke (*Falco peregrinus*) und Rotmilan (*Milvus milvus*),
9. von Bodendenkmälern, geomorphologischen Besonderheiten sowie besonderen Bodentypen, insbesondere flacher Rendzinen an nicht erodierten Standorten und Böden alter Waldstandorte,
10. des Landschaftsbildes in seiner Vielfalt, besonderen Eigenart und hervorragenden Schönheit sowie der Ruhe und Ungestörtheit der Natur insbesondere zum Zwecke des Landschaftserlebens sowie zum Schutz der Vögel und Fledermäuse.“

### 3.6.1 Konfliktbeschreibung

Das Landschaftsschutzgebiet „Selter und Nollenebrg“ liegt zwischen km 35+450 und km 36+600 teilweise im Untersuchungsraum des Vorhabens SuedLink PFA B3. Die Trasse verläuft hierbei nordöstlich des LSG und umgeht das LSG vollständig. Der geringste Abstand zwischen Vorhaben und LSG-Grenze besteht bei km 36+100, hier liegt lediglich die Landesstraße 487 (Erzhäuser Straße) zwischen dem LSG und den Arbeitsstreifen der Trasse. Das LSG ist hier gleichzeitig FFH-Gebiet (FFH-Gebiet „Laubwälder und Klippenbereiche im Selter, Hils und Greener Wald“). Aufgrund der Umgehung findet kein direkter Eingriff in das LSG statt.

Gemäß den §§ 4 und 5 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter und Nollenberg“) bestehen folgende Verbote/ Erlaubnisvorbehalte innerhalb der Schutzgebietsflächen:

„§ 4 Verbote

(1) Im Landschaftsschutzgebiet sind gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG unter besonderer Beachtung des § 5 Absatz 1 BNatSchG, neben den Verboten und Einschränkungen aus anderen Rechtsvorschriften, folgende Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen:

1. Windkraftanlagen, Freileitungen oder Funkmasten sowie nicht privilegierte bauliche Anlagen jeglicher Art zu errichten, auch wenn diese keiner Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind,
2. Plakate, Bild- oder Schrifttafeln sowie Werbeeinrichtungen anzubringen oder aufzustellen; ausgenommen sind jene, die behördlich zugelassen sind, sich auf den Naturschutz, die Forstwirtschaft oder den Verkehr beziehen oder als Ortshinweis dienen,
3. natürlich aufgebaute Waldränder bestehend aus Saum, Mantel und Trauf sowie Waldlichtungsfluren, Feldgehölze, außerhalb des Waldes stehende Gebüsche sowie Wegraine zu beseitigen oder zu beeinträchtigen,
4. Bodenbestandteile einzubringen, zu entnehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern, bekannte oder bisher unbekannte Bodendenkmäler gemäß § 3 Abs. 4 NDSchG, geomorphologische Besonderheiten wie Hohlwege, aufgelassene Steinbrüche und Ackerterrassen sowie besondere Bodentypen, insbesondere flacher Rendzinen an nicht erodierten Standorten und Böden alter Waldstandorte zu beseitigen oder zu beeinträchtigen,
5. der Umbruch von dem in den maßgeblichen Karten (Anlagen 2.1 – 2.2) dargestellten "Grünland" zur Erneuerung oder Umwandlung in Acker,
6. wildwachsende Pflanzen zu beschädigen oder zu entnehmen; ausgenommen ist die nicht gewerbsmäßige, pflegliche Entnahme von wild lebenden Blumen, Gräsern, Farnen, Moosen, Flechten, Früchten, Pilzen, Tee- und Heilkräutern sowie Zweigen wild lebender Pflanzen aus der Natur in geringen Mengen für den persönlichen Bedarf unter Beachtung der artenschutzrechtlichen Vorschriften,
7. wild lebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu fangen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen oder aufzustellen, sie zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen, Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen, zu zerstören oder aufzusuchen,
8. die Ruhe und Ungestörtheit der Natur durch Lärm, Licht oder auf andere Weise zu stören,
9. Hunde während der allgemeinen Brut-, Setz- und Aufzuchtzeit vom 01.04. – 15.07. frei laufen zu lassen; ausgenommen sind Herdenschutz Hunde, Hüte- und Jagdhunde, Diensthunde von Polizei und Zoll sowie ausgebildete Rettungs- und Blindenhunde unter rechtmäßiger Ausübung ihrer Aufgaben,
10. Pflanzen oder Tiere, insbesondere gebietsfremde oder invasive Arten oder gentechnisch veränderte Organismen auszubringen oder anzusiedeln,

11. Abfälle im Sinne des § 3 KrWG sowie außerhalb der Wege sonstige Materialien (z. B. zum Wegebau) einzubringen oder abzulagern,
  12. zu zelten, zu lagern oder offenes Feuer zu entzünden,
  13. die nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Flächen mit Kraftfahrzeugen zu befahren oder Kraftfahrzeuge dort abzustellen, das Radfahren sowie das Reiten im LSG außerhalb der tatsächlich öffentlichen Wege im Sinne des § 25 Abs. 1 Satz 2 NWaldLG; nicht als Wege gelten u. a. Trampelpfade, Wildwechsel, Waldschneisen und Rückegassen.
- (2) Darüber hinaus sind im LSG alle Handlungen verboten, die geeignet sind, die in § 3 genannten Lebensraumtypen und Arten als maßgebliche Bestandteile des FFH-Gebiets erheblich zu beeinträchtigen.
- (3) Verbote nach anderen naturschutzrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt.

#### § 5 Erlaubnisvorbehalte

- (1) Im Landschaftsschutzgebiet bedarf es der vorherigen Erlaubnis der zuständigen Naturschutzbehörde:
1. privilegierte bauliche Anlagen jeglicher Art sowie Einrichtungen zur Erholung in und zum Erleben der Natur zu errichten, auch wenn diese keiner Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind,
  2. Plakate, Bild- oder Schrifftafeln, die der Umweltbildung dienen sowie Markierungen und Wegweiser für den Freizeitsport (z. B. Wandern, Radfahren und Walking) anzubringen oder aufzustellen,
  3. unbemannte Luftfahrzeuge (z. B. Modellflugzeuge, Drohnen) zu betreiben sowie mit bemannten Luftfahrzeugen (z. B. Ballonen, Hubschraubern) zu starten und zu landen,
  4. organisierte Veranstaltungen (z. B. Crossläufe und MTB-Rennen) durchzuführen,
  5. Geocaching-Punkte zu setzen.
- (2) Die Erlaubnis nach Abs. 1 wird erteilt, wenn der in § 2 Abs. 1 beschriebene Gebietscharakter durch die Maßnahme nicht verändert wird, die Maßnahme dem in § 2 Abs. 3 sowie in § 3 genannten besonderen Schutzzweck nicht zuwiderläuft oder die in § 3 Abs. 1 genannten Lebensraumtypen und Arten nicht erheblich beeinträchtigt werden können. Die Erteilung der Erlaubnis kann mit Regelungen zu Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise versehen werden.“

### 3.6.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen

Aufgrund der vollständigen Umgehung des LSG „Selter und Nollenberg“ findet keine direkte Beeinträchtigung oder Zerstörung des LSG und seinem in der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter und Nollenberg“) aufgeführten Schutzzweck statt. Aufgrund der unmittelbaren Nähe bei km 36+100 kann es potentiell während der Bauzeit zu möglichen indirekten Störwirkungen (Ruhestörung durch Lärm) kommen, was in Widerspruch zu § 4 Abs. 1 Nr. 8 der VO stehen würde. Im relevanten Abschnitt in unmittelbarer Nähe zum LSG findet jedoch ausschließlich die offene Bauweise Anwendung, sodass hier keine stärkeren Lärmentwicklungen stattfinden.

Somit sind erhebliche Beeinträchtigungen oder eine Zerstörung des LSG und seinem Schutzzweck ausgeschlossen. Es wird nicht gegen die in § 4 der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter und Nollenberg“) aufgeführten Verbote verstoßen.

### 3.6.3 Fazit

Die Verlegung des Erdkabels steht nicht in Konflikt mit dem Schutzzweck oder den Verboten bzw. Erlaubnisvorbehalten der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter und Nollenberg“). Somit ist keine Befreiung gemäß § 7 der LSG-Verordnung oder gemäß § 67 BNatSchG erforderlich.

### 3.7 Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“ (LSG NOM 010)

Das Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“ liegt im Landkreis Northeim im Naturraum Südwestliches Harzvorland zwischen den Ortschaften Einbeck, Kuventhal und Greene. Das LSG besteht insbesondere aus einem großflächigen Waldgebiet. Zudem befinden sich im LSG Grünland- und Bracheflächen sowie Ackerflächen und Feldgehölze.

Ein Teil des LSG ist zudem Teil des europäischen Natura 2000-Netzes und als FFH-Gebiet (FFH-Gebiet „Laubwälder und Klippenbereiche im Selter, Hils und Greener Wald“) ausgewiesen (vgl. Teil G – Natura 2000-Verträglichkeitsprüfungen).

Der besondere Schutzzweck steht in § 2 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet der „Hube, Greener Wald und Luhberg“) und ist in der 1. Änderungsverordnung aktualisiert. Dort heißt es wörtlich:

„(2) Der besondere Schutzzweck ist die Erhaltung, Pflege und Entwicklung bzw. die Wiederherstellung

1. eines geschlossenen, durch den hohen Anteil an Buchen- und Buchenmischwald für den Naturhaushalt bedeutsamen Waldgebietes mit ungenutzten Bereichen natürlicher Waldentwicklung in möglichst allen natürlichen und naturnahen Entwicklungsphasen mit ausreichenden Anteilen an Alt- und Totholz sowie Höhlen- und sonstigen Habitatbäumen,
2. von Waldsäumen, Waldinnen und -außenrändern mit vielfältigen Lebensmöglichkeiten für Tiere und Pflanzen,
3. der an besonders gehölzarme Ackerlandschaften angrenzenden Wiesen und Weiden sowie Obstwiesen,
4. der Vernetzung der Waldaußenränder mit Gehölzstrukturen der freien Landschaft,
5. stabiler Populationen und die Förderung seltener und geschützter Arten sowie ihrer Biozönos, wie z. B. Mopsfledermaus (*Barbastella barbastellus*), Großes Mausohr (*Myotis myotis*), Wildkatze (*Felis sylvestris*), sowie Weiße Waldhyazinthe (*Plantanthera bifolia*), Enziane und Orchideen, wie u.a. Schwertblättriges Waldvöglein (*Cephalanthera longifolia*) und Purpur-Knabenkraut (*Orchis purpurea*), insbesondere auf nährstoffarmen Standorten der Kalkmagerrasen und lichten Trockenhangwäldern,
6. der insgesamt vielfältigen Landschaft für eine naturbezogene ruhige Erholung.

7. Der Waldgebiete, die sich aufgrund ihres Alters und Strukturreichtums hervorragend als Jagdgebiet für die lokalen Populationen des Großen Mausohr eignen.“

### 3.7.1 Konfliktbeschreibung

Das Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“ reicht an verschiedenen Stellen zwischen km 40+650 und km 48+750 in den Untersuchungsraum des Vorhabens SuedLink PFA B3 hinein. Dabei wird das LSG im Wesentlichen von der Trassenführung umgangen. Lediglich an einer Stelle (km 34+250 – km 44+050) verläuft die Trasse durch das Schutzgebiet, sodass eine Betroffenheit besteht.

Im von der Trasse gequerten Bereich (km 34+250 – km 44+050) besteht das LSG vorwiegend aus landwirtschaftlich genutzten Ackerflächen. Es findet neben der offenen Bauweise innerhalb des LSG zudem die geschlossene Bauweise (km 43+550 – km 43+700) zur Unterquerung eines namenlosen Fließgewässers (Gewässer 3. Ordnung) statt. Die Baugruben befinden sich auf Ackerflächen, das Fließgewässer sowie der angrenzende Gehölzstreifen beidseits des Gewässers werden zum Schutz dieses Biotops geschlossen unterquert und bleiben unbeeinträchtigt. Es handelt sich bei den Bautätigkeiten um temporäre Beeinträchtigungen. Aufgrund der geschlossenen Bauweise kommt es im betroffenen Teilbereich des LSG zu einer temporären Beeinträchtigung durch Lärm.

Bei km 43+800/km 43+850 wird die Kreisstraße 648 offen gequert, hier steht ein Einzelbaum (Kirchbaum), welcher gefällt werden muss.

Gemäß § 4 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“) bestehen folgende Verbote innerhalb der Schutzgebietsflächen:

#### „§ 4 Verbote

- (1) Im Landschaftsschutzgebiet sind folgende Handlungen neben den Verboten und Einschränkungen aus anderen Rechtsvorschriften verboten, die den Charakter des Gebietes erheblich verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen:
  1. Baumaßnahmen aller Art, auch solche, die keiner Genehmigung bedürfen,
  2. Beseitigen von natürlich aufgebauten Waldsäumen und Waldaußenrändern,
  3. Neuanspflanzen von Weihnachtsbaum- oder Schmuckreisigkulturen sowie das Nachpflanzen einzelner oder mehrerer Nadelgehölze in bestehende Weihnachtsbaumkulturen,
  4. Abdeckung von Silage, Stroh, Heu und anderen Futtermitteln mit Altreifen in mehr als einer Lage oder mit Bauschutt,
  5. Nachteilige Veränderungen von Gewässern oder Teilen davon,
  6. Verändern der Geländeoberflächenstruktur von Hohlwegen, Tälern, Senken, aufgelassenen Steinbrüchen und Grünland durch Aufschüttungen oder Abgrabungen sowie das Verändern oder Beseitigen von Böschungen, Steilhängen, Wüstungen, Wölbackern, Ackerterrassen, Grenzwällen, Trockenmauern, Flachsrotten,
  7. Durchführen von motorsportlichen Veranstaltungen jeder Art einschließlich des Trainings und zu Hobbyzwecken in nicht genehmigten Gebieten sowie

- auf nicht genehmigten Strecken,
8. unnötiges Stören der Ruhe der Natur (z. B. durch Lärm, laute Musik oder Sport abseits der Wege),
  9. das Betreiben von Flugmodellen sowie das Starten und Landen von sonstigen Fluggeräten,
  10. Lagern oder Feuer anzünden außerhalb von behördlich ausgewiesenen Flächen (z. B. Grillplätze),
  11. Abstellen oder Fahren eines nicht der Bewirtschaftung dienenden Kraftfahrzeugs in einem Abstand von mehr als 10 m hinter einem LSG-Schild an nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Wegen.“

Gemäß § 6 der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“) bestehen im LSG folgende Erlaubnisvorbehalte:

„(1) Im Landschaftsschutzgebiet bedarf der vorherigen Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde:

1. die Neu- oder Wiederaufforstung mit Nadelholz auf Flächen größer 1 ha sowie die Waldneuanlage auf bislang als Grünland genutzten landwirtschaftlichen Flächen. Die sich natürlich einstellende Verjüngung ist ausgenommen,
2. Dauergrünland in Acker oder andere Nutzungsarten umzuwandeln,
3. an anderen als behördlich zugelassenen Plätzen zu zelten oder Wohnwagen oder andere für die Unterkunft geeignete Fahrzeuge oder Einrichtungen aufzustellen,
4. außerhalb der gesetzlich oder behördlich dafür freigegebenen Straßen, Wege, Fahrradwege, Plätze und Flächen Kraftfahrzeuge aller Art, Wohnmobile oder Wohnwagen sowie muskel- oder kraftstoffbetriebene Zweiräder zu fahren oder zu parken,
5. Wegebefestigungen in Asphalt, Bitumen, Beton oder mit Kunststoffen neu anzulegen,
6. Bodenentnahme für den Eigenbedarf zur Herstellung oder Ausbesserung von forst- und landwirtschaftlichen Wegen,
7. Errichtung von Gebäuden, die zur Unterbringung von Ernteerzeugnissen bestimmt sind und keine Feuerstätten haben.“

### 3.7.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen

Die Verlegung des Erdkabels als „Baumaßnahme jeglicher Art“ verstößt gegen die in § 4 Abs. 1 Nr. 1, 8 und 11 der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“) aufgeführten Verbote (Baumaßnahmen aller Art, unnötiges Stören der Ruhe der Natur). Da die Trasse nahezu ausschließlich durch landwirtschaftliche Nutzfläche verläuft, keine Gewässer oder Gehölze beeinträchtigt werden und nach Ablauf der Bauarbeiten der ursprüngliche Zustand des LSG wiederhergestellt wird, bleibt der Charakter des LSG erhalten. Das Vorhaben läuft dem Schutzzweck gemäß § 2 Abs. 2 nicht entgegen.

Aufgrund des Verstoßes gegen die Schutzgebietsverordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“) bedarf es einer Befreiung gemäß § 67 BNatSchG.

Der Bereich, welcher von der Trasse temporär beeinträchtigt wird, gehört nicht zum als FFH-Gebiet ausgewiesenen Teil des LSG.



### 3.7.3 Fazit

Die Verlegung des Erdkabels innerhalb des LSG steht in Konflikt mit § 4 Abs. 1 der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“) und bedarf somit einer Befreiung gemäß § 67 BNatSchG. Vorgaben zur Befreiung sind zudem in § 8 der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“) aufgeführt. Demnach kann die untere Naturschutzbehörde von den Verboten des § 4 nach Maßgabe des § 41 NAGBNatSchG i. V. m. § 67 BNatSchG auf schriftlichen Antrag Befreiung gewähren.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für das Projekt SuedLink die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund liegen die Befreiungsvoraussetzungen vor.

### 3.8 Landschaftsschutzgebiet „Ilme“ (LSG NOM 023)

Das im Naturraum „Weser- und Weser-Leine-Bergland“ liegende Landschaftsschutzgebiet „Ilme“ umfasst die Ilme vom Quellbereich im Solling bis zur Mündung in die Leine östlich der Stadt Einbeck. Die Ilme ist innerhalb des LSG weitgehend naturnah, angrenzende Uferbereiche bestehen aus Hochstaudenfluren, Auwald oder Grünland. Im Oberlauf sind zudem angrenzend Biotopie wie Stillgewässer, Quell-, Sumpf- oder Moorbereiche ausgebildet. Der Quellbereich besteht zudem aus nährstoffarmen Sümpfen und Übergangsmooren, umgeben von Buchenwäldern. Die Ilme stellt ein wichtiges Element zum Biotopverbund zwischen Leinetal und Solling dar. Arten wie Groppe, Bachneunauge und Äsche kommen dank der naturnahen und guten Habitatausstattung in der Ilme vor (vgl. § 2 der Verordnung).

Teile des LSG sind zudem Bestandteil des gleichnamigen FFH-Gebietes (FFH-Gebiet „Ilme“ DE 4124-302), die Prüfung findet in Unterlage Teil G (Natura 2000-Verträglichkeitsprüfungen) statt. Gemäß § 2 Abs. 4 trägt die Unterschutzstellung des LSG zur Erhaltung des günstigen Erhaltungszustandes der Maßgeblichen Lebensraumtypen und Arten im genannten FFH-Gebiet bei. Der besondere Schutzzweck für das FFH-Gebiet ist in § 3 der Verordnung aufgeführt.

Der allgemeine und besondere Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes ist in § 2 Abs. 2 und 3 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Ilme“) aufgeführt. Dort heißt es wörtlich:

„(2) Allgemeiner Schutzzweck für das LSG ist nach Maßgabe der §§ 26 Abs. 1 und 32 Abs. 3 BNatSchG i. V. m. § 19 NAGBNatSchG

1. die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter im Sinne dieser Verordnung, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,
2. die Vielfalt, Eigenart, Schönheit sowie die kulturhistorische Bedeutung der Landschaft in Verbindung mit ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung.

(3) Besonderer Schutzzweck für das LSG ist die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung

1. struktur-, arten- und insbesondere totholzreicher, mesophiler sowie bodensaurer Buchenlaubwälder mit Rotbuche (*Fagus sylvatica*) und in möglichst allen natürlichen Entwicklungsphasen,
2. zusammenhängender Waldflächen mit ungenutzten Bereichen natürlicher Waldentwicklung, in möglichst allen natürlichen und naturnahen Entwicklungsphasen, mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Habitatbäumen sowie Alt- und Totholz,
3. standörtlich vorkommender, nadelholzfreier Laubwaldgesellschaften, vorzugsweise in der Ausprägung der unter § 3 Abs. 1 genannten Waldlebensraumtypen, insbesondere in den Wassereinzugsgebieten der Moore, zur Sicherstellung einer ausreichenden Grundwasserspende,
4. naturnaher und natürlicher Quell- und Hangmoore mit waldfreier Vegetation, Birkenmoor- und Birkensumpfwald in möglichst allen natürlichen Entwicklungsphasen, Wollgras- und Pfeifengras-Moorstadien sowie von Binsen- und Kleinseggenriedern, insbesondere in den Teichwiesen und im Hülsebruch,
5. der Torfkörper und naturnaher Standortverhältnisse, insbesondere des Wasserhaushalts, der so weit wie möglich den ursprünglichen natürlichen Gegebenheiten entspricht,
6. naturnaher, feuchter bis nasser Erlen- und Eschen-Quellwälder, 4 - Galeriewälder und -Auenwälder in möglichst allen natürlichen Entwicklungsphasen sowie mit hohem Alt- und Totholzanteil,
7. strukturreicher, sich eigendynamisch entwickelnder, ökologisch durchgängiger, naturnaher, unbelasteter Fließgewässer, insbesondere Ilme, Wolfsbach, Lummerke, Riepenbach, Hanebach und Dieße, mit ihren Quellbereichen und Bachauen jeweils in enger Verzahnung mit den natürlich begleitenden Kontaktbiotopen wie Uferstaudenfluren, Auenwäldern und Grünlandereien sowie von Sümpfen, Binsen-, Simsen- und Großseggenriedern, Schilf-Landröhricht und Stillgewässern mit ihren Verlandungsbereichen,
8. struktur- und artenreicher Waldränder, Waldlichtungsflure, Feldgehölze, Streuobstbestände, Hecken und Gebüsche,
9. arten- und strukturreicher Grünländer vereinzelt im Komplex mit Borstgrasrasen, insbesondere von mesophilem Grünland kalkarmer sowie mäßig feuchter Standorte sowie Nasswiesen, Flutrasen, seggen-, binsenoder hochstaudenreiches Nassgrünland,
10. von Bodendenkmälern, geomorphologischen Besonderheiten sowie besonderen Bodentypen, insbesondere extrem nasser Böden, Böden alter Waldstandorte und Hangschuttböden, die flachgründig, nährstoffarm oder durch Staunässe beeinflusst sind,
11. von Weg- und Ackerrainen,
12. der im Gebiet wild lebenden Pflanzen- und Tierarten sowie ihrer Lebensgemeinschaften,



13. stabiler Populationen seltener oder geschützter Arten sowie ihrer Biozönosen, insbesondere der Pflanzenarten Wild-Apfel (*Malus sylvestris*), Feldulme (*Ulmus minor*), Schwanenblume (*Butomus umbellatus*), Sumpfdotterblume (*Caltha palustris*), Wiesen-Glockenblume (*Campanula patula*), Hirse-Segge (*Carex panicea*), Fuchs-Segge (*Carex vulpina*), BachNelkenwurz (*Geum rivale*), Bach-Quellkraut (*Montia fontana*), Flutender Wasserhahnenfuß (*Ranunculus fluitans*), Sumpf-Fingerkraut (*Potentilla palustris*), Hain-Augentrost (*Euphrasia nemorosa*), Geöhrttes Habichtskraut (*Hieracium lactucella*), Fichtenspargel (*Monotropa hypophegea*), FadenBinse (*Juncus filiformis*), Einblütiges Wintergrün (*Moneses uniflora*), Sumpfquendel (*Peplis portula*), Sumpf-Teichfaden (*Zannichellia palustris*), Lockerblütiges Rispengras (*Poa remota*), Kleines Wintergrün (*Pyrola minor*), Knöllchen-Steinbrech (*Saxifraga granulata*), Kümmelblättrige Silge (*Selinum carvifolia*), Sprossender Bärlapp (*Lycopodium annotinum*), Keulen-Bärlapp (*Lycopodium clavatum*) und der wild lebenden Tierarten, darunter die Säugetiere Luchs (*Lynx lynx*), Wildkatze (*Felis silvestris*), Biber (*Castor fiber*), Fischotter (*Lutra lutra*), Großes Mausohr (*Myotis myotis*) und Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*), die Vögel Eisvogel (*Alcedo atthis*), Sperlingskauz (*Glaucidium passerinum*), Schwarzspecht (*Dryocopus martius*), Schwarzstorch (*Ciconia nigra*) und Rotmilan (*Milvus milvus*), die Fische Äsche (*Thymallus thymallus*), Bachneunauge (*Lampetra planeri*), Groppe (*Cottus gobio*), die Amphibien Kammolch (*Triturus cristatus*) und Feuersalamander (*Salamandra salamandra*), die Libellen Große Moosjungfer (*Leucorrhinia pectoralis*), Kleine Moosjungfer (*Leucorrhinia dubia*), Zweigestreifte Quelljungfer (*Cordulegaster boltonii*), Blauflügel-Prachtlibelle 5 (*Calopteryx virgo*) und Speer-Azurjungfer (*Coenagrion hastulatum*), die Falter Großer Schillerfalter (*Apatura iris*), Kleiner Schillerfalter (*Apatura ilia*), Großer Eisvogel (*Limenitis populi*) und Kleiner Eisvogel (*Limentis camilla*), die Sumpfschrecke (*Stethophyma grossum*) und Sumpfwindelschnecke (*Vertigo antivertigo*),
14. des Landschaftsbildes in seiner Vielfalt, besonderen Eigenart und hervorragenden Schönheit sowie der Ruhe und Ungestörtheit der Natur insbesondere zum Zwecke des Landschaftserlebens sowie zum Schutz der Tiere.“

### 3.8.1 Konfliktbeschreibung

Der nordöstliche Teilbereich des Landschaftsschutzgebietes verläuft zwischen Einbeck und der Mündung in die Leine (km 48+050 bis km 50+900) auf einer Länge von knapp 3 km parallel zum SuedLink. Der Abstand zum Trassenverlauf beträgt 300 m bis 450 m. Die Trasse verläuft somit südlich des LSG, auch Baugruben für die geschlossene Unterquerung der Leine sowie der Einbecker Straße liegen außerhalb des Schutzgebietes. Weitere temporär während des Baus erforderliche Einrichtungen (Muffenstandort, Kabelabspulplatz und allgemeine BE-Fläche (Material- und Containerlager)) sowie eine dauerhaft bestehende KAS liegen ebenfalls außerhalb des LSG.

Bei km 48+700 wird die bereits vorhandene Brücke über die Ilme verstärkt und zur Überfahrt genutzt (vgl. Teil C01 – Technik und Trassierung). Die Verstärkung erfolgt in Form einer fly over-Brücke, welche die bestehende Brücke überspannt und davor bzw. dahinter auf den Boden aufgelegt und „angerammt“ wird. Hierzu wird Schotter aufgeschüttet und verdichtet. Die Enden der fly over-Brücke liegen somit innerhalb der LSG-Grenze, jedoch auf landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die Fließgewässer

begleitenden Hochstaudenfluren sowie das Fließgewässer an sich werden bei den Arbeiten zur Brückenverstärkung ausgenommen und bleiben unbeeinträchtigt.

Die Bauwasserhaltung hat keine negativen Auswirkungen auf das LSG: Möglicherweise anfallendes Bauwasser wird auf den angrenzenden Flächen außerhalb des LSG verrieselt und falls notwendig vorab gefiltert und oder chemisch gereinigt um eventuelle Verunreinigungen (Schwebstoffe/ Trübung bzw. eventuelle Verunreinigungen) auszuschließen. Eine detaillierte Beschreibung findet sich in der Unterlage Teil L06.3 (Wasserhaltungskonzept). Es findet keine Einleitung in die Ilme statt, sie erforderlichen Absenkttrichter reichen im Wesentlichen nicht bis in die Fläche des Landschaftsschutzgebietes hinein, lediglich der nordöstlichste Zipfel des LSG liegt marginal innerhalb des von den Grundwasserhaltungsmaßnahmen beeinflussten Bereiches. Der Wasserspiegel im Fließgewässer selbst wird durch die lediglich temporär während der Bauzeit stattfindende Grundwasserabsenkung nicht maßgeblich beeinflusst, da das Grundwasser nur über einen kurzen Zeitraum von wenigen Wochen abgesenkt wird. Somit findet keine erhebliche Beeinträchtigung der Ilme und somit des LSG und seines Schutzzweckes statt.

Gemäß § 4 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Ilme“) sind folgende Handlungen verboten:

#### „§ 4 Verbote

- (1) Im LSG sind gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG unter besonderer Beachtung des § 5 Absatz 1 BNatSchG, neben den Verboten und Einschränkungen aus anderen 10 Rechtsvorschriften, insbesondere folgende Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen:
  1. Windkraftanlagen, Freileitungen oder Funkmasten sowie nicht privilegierte bauliche Anlagen jeglicher Art zu errichten, auch wenn diese keiner Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind,
  2. Plakate, Bild- oder Schrifttafeln sowie Werbeeinrichtungen anzubringen oder aufzustellen soweit diese nicht behördlich zugelassen sind, sich auf den Naturschutz, die Forst-, Land- und Fischereiwirtschaft oder den Verkehr beziehen oder als Ortshinweise dienen,
  3. natürlich aufgebaute Waldränder bestehend aus Saum, Mantel und Trauf zu beseitigen oder zu beeinträchtigen,
  4. Feldgehölze, gewässerbegleitende Gehölzbestände, Streuobstbestände, Hecken und Gebüsche nicht invasiver Arten sowie außerhalb des Waldes stehende Bäume (Einzelbäume, Baumgruppen und Baumreihen) sowie Weg und Ackerraine zu beseitigen oder zu beeinträchtigen,
  5. außerhalb von Ackerflächen Bodenbestandteile einzubringen, zu entnehmen oder sonst die Bodengestalt einschließlich der Wasserläufe, Wasserflächen und Moore auf andere Weise zu verändern sowie bekannte oder bisher unbekannte Bodendenkmäler gemäß § 3 Abs. 4 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG) und geomorphologische Besonderheiten wie Hohlwege, aufgelassene Steinbrüche und Ackerterrassen sowie besondere Bodentypen, insbesondere extrem nasse Böden, Böden alter Waldstandorte und Hangschuttböden zu beseitigen oder zu beeinträchtigen,
  6. die in den maßgeblichen Karten (Anlage 2.1 – 2.8) dargestellten Flächen mit „Grünland“, „Artenreiche Borstgrasrasen“ (LRT 6230), „Feuchten

Hochstaudenfluren“ (LRT 6430) oder „Mageren Flachlandmähwiesen“ (LRT 6510) umzubrechen oder in eine andere Nutzungsform umzuwandeln.

7. Oberflächen- oder Grundwasser zu entnehmen, zu nutzen oder anderweitig in die bestehenden Verhältnisse im Wasserhaushalt in der Art einzugreifen, dass es zu einer weitergehenden Entwässerung des Schutzgebietes oder einer seiner Teilflächen kommen kann; unberührt bleibt die Gewässerbenutzung gemäß § 8 Abs. 2 und 3 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und das Schöpfen mit Handgefäßen sowie das Tränken von Tieren gemäß § 32 Abs. 1 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) und nach weitergehenden Verordnungen,
8. Gewässer im Sinne des 67 WHG auszubauen, aufzustauen, zu begradigen, zu befestigen oder anderweitig zu verändern sowie Fischteiche, Quelfassungen und Entwässerungseinrichtungen neu anzulegen,
9. wildwachsende Pflanzen zu beschädigen oder zu entnehmen; ausgenommen ist die nicht gewerbsmäßige, pflegliche Entnahme von wild lebenden Blumen, Gräsern, Farnen, Moosen, Flechten, Früchten, Pilzen, Tee- und Heilkräutern sowie Zweigen wild lebender Pflanzen aus der Natur in geringen Mengen für den persönlichen Bedarf unter Beachtung der artenschutzrechtlichen Vorschriften,
10. wild lebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu fangen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen oder aufzustellen, sie zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen, Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen, zu zerstören oder aufzusuchen,
11. die Ruhe und Ungestörtheit der Natur durch Lärm, Licht oder auf andere Weise zu stören,
12. Hunde außerhalb geschlossener Ortschaften in den Gewässern schwimmen oder während der allgemeinen Brut-, Setz- und Aufzuchtzeit vom 01.04. – 15.07. frei laufen zu lassen; ausgenommen sind Herdenschutzhunde, Hüte- und Jagdhunde, Diensthunde von Polizei und Zoll sowie ausgebildete Rettungs- und Blindenhunde unter rechtmäßiger Ausübung ihrer Aufgaben,
13. Pflanzen oder Tiere, insbesondere gebietsfremde oder invasive Arten oder gentechnisch veränderte Organismen auszubringen oder anzusiedeln,
14. Abfälle im Sinne des § 3 KrWG sowie Wegematerial außerhalb der Wege einzubringen oder abzulagern,
15. zu zelten, zu lagern oder offenes Feuer zu entzünden,
16. die nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Flächen mit Kraftfahrzeugen zu befahren oder Kraftfahrzeuge dort abzustellen, das Radfahren sowie das Reiten im LSG außerhalb der tatsächlich öffentlichen Wege im Sinne des § 25 Abs. 1 Satz 2 NWaldLG; nicht als Wege gelten u. a. Trampelpfade, Wildwechsel, Waldschneisen und Rückegassen,
17. das Gewässerbett der in § 2 Abs. 3 Nr. 7 benannten Gewässer sowie die in den maßgeblichen Karten dargestellten Bereiche der „Natürliche(n) und naturnahe(n) nährstoffreiche(n) Stillgewässer mit Laichkraut- oder Froschbiss-Gesellschaften“ (LRT 3150) und „Feuchtwald-, Moor- und Moorwaldflächen“ zu betreten.

- (2) Darüber hinaus sind im LSG alle Handlungen verboten, die geeignet sind, die in § 3 genannten Lebensraumtypen und Arten als maßgebliche Bestandteile des FFH-Gebiets erheblich zu beeinträchtigen.“

Gemäß § 5 der Verordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Ilme“) bestehen nachfolgende Erlaubnisvorbehalte:

„§ 5 Erlaubnisvorbehalte

- (1) Im Landschaftsschutzgebiet bedarf es der vorherigen Erlaubnis der zuständigen Naturschutzbehörde:
1. privilegierte bauliche Anlagen jeglicher Art sowie Einrichtungen zur Erholung in und zum Erleben der Natur zu errichten, auch wenn diese keiner Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind,
  2. Plakate, Bild- oder Schrifftafeln, die der Umweltbildung dienen sowie Markierungen und Wegweiser für den Freizeitsport (z. B. Wandern, Radfahren und Walking) anzubringen oder aufzustellen,
  3. Geocaching-Punkte zu setzen
  4. unbemannte Luftfahrzeuge (z. B. Modellflugzeuge, Drohnen) zu betreiben sowie mit bemannten Luftfahrzeugen (z. B. Ballonen, Hubschraubern) zu starten und zu landen; unberührt bleibt die Nutzung gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 10,
  5. organisierte Veranstaltungen (z. B. Crossläufe und MTB-Rennen) durchzuführen, ausgenommen sind tradierte Veranstaltungen im bisherigen Umfang unter besonderer Berücksichtigung des Schutzzwecks gemäß §§ 2 und 3,
  6. Acker- oder Sukzessionsflächen aufzuforsten,
  7. Weihnachtsbaum- oder Schmuckreisigkulturen neuanzupflanzen,
  8. die in den in § 2 Abs. 3 Nr. 7 genannten Gewässer mit Wasserfahrzeugen jeglicher Art zu befahren und das Gewässerbett im Rahmen der Nutzung unter größtmöglicher Schonung zu betreten.
- (2) Die Erlaubnis nach Abs. 1 wird erteilt, wenn der in § 2 Abs. 1 beschriebene Gebietscharakter durch die Maßnahme nicht verändert wird oder die Maßnahme den Schutzzwecken der §§ 2 und 3 nicht zuwiderläuft. Die Erteilung der Erlaubnis kann mit Regelungen zu Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise versehen werden.“

### 3.8.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen

Aufgrund der Umgehung des Landschaftsschutzgebietes findet im Wesentlichen keine direkte Beeinträchtigung des LSG statt. Die für die Logistik erforderliche Verstärkung der Brücke über die Leine erfolgt lediglich minimal innerhalb der LSG-Flächen. Hierbei findet keine Entnahme von Gehölzen, Sträuchern oder Uferrandstreifen statt. Für die Verstärkung notwendige Flächen liegen ausschließlich auf vorhandenen Feldwegen (südlich der Ilme) sowie auf landwirtschaftlich genutzter Fläche (nördlich der Ilme).

Der minimale temporäre Eingriff zur Verstärkung der Brücke verstößt gegen § 4 Abs. 1 Nr. 1, 8 und 11 der Schutzgebietsverordnung (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Ilme“). Daher ist eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG erforderlich.

### 3.8.3 Fazit

Das Vorhaben SuedLink steht in Konflikt mit den Verboten bzw. Erlaubnisvorbehalten gemäß §§ 4 und 5 der VO (Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Ilme“), der in §§ 2 und 3 der VO aufgeführte Schutzzweck des LSG bleibt erhalten und wird nicht erheblich beeinträchtigt oder zerstört.

## 4 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope

### 4.1 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort genannten oder weiterer landesrechtlich geschützter Biotope führen können, verboten.

Gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG kann auf Antrag eine Befreiung von diesem Verbot gewährt werden, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist

und die Befreiungssituation einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall erfasst, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

In folgenden Fällen muss unvermeidbar in gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG (in Verbindung mit § 24 NNatSchG) eingegriffen werden:

Gemäß Unterlage I Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) Kapitel 5.2 sind drei gesetzlich geschützte Biotopkomplexe bzw. Biotope gemäß § 30 BNatSchG (bzw. § 24 NNatSchG) ermittelt worden, für die im Folgenden geprüft wird, ob eine Ausnahme- oder Befreiungsvoraussetzung vorliegt (inkl. Code nach Länderschlüssel NI):

- Erlen-Weiden-Bachuferwald (WWB[We]+4) und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat (FBL1, FBL2)
- Bach- und sonstige Uferstaudenflur (UFB(UHM)) und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat (FBLf2)
- Sonstiges mesophiles Grünland (GMSm)

### 4.2 Erlen-Weiden-Bachuferwald (WWB[We]+4) und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat (FBL1, FBL2)

Bei den gemäß § 30 BNatSchG geschützten Biotopen handelt es sich um vier benachbarte Flächen mit gemeinsamem Bezug. Vorliegend sind ein Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat und ein durch den Bach getrennter Erlen-Weiden-Bachuferwald. Die Fläche des Naturnahen Bachs des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat bemisst 591 m<sup>2</sup> und die Fläche des Erlen-Weiden-Bachuferwald beträgt 291 m<sup>2</sup> (vgl. Abbildung 1). Im Wesentlichen bleiben die § 30-Biotopflächen unbeeinträchtigt, da sie außerhalb der Zuwegungsflächen liegen. Lediglich ein geringer Flächenanteil von 24 m<sup>2</sup> (WWB[We]+4) und 25 m<sup>2</sup> (FBL1, FBL2) werden temporär in Anspruch genommen.

Die Flächen befinden sich auf der Höhe von km 34+200, westlich von Rittergut Esbeck und südlich von Freden (Leine). Die Biotoptypen verorten sich im Umfeld des namenlosen Gewässers (Gewässer 3. Ordnung). Eine genaue Lage der beiden Biotope ist Abbildung 1 sowie der Maßnahmenkarte in Teil I (LBP) Anlage 01 (Maßnahmenplan) Blatt 20 zu entnehmen.



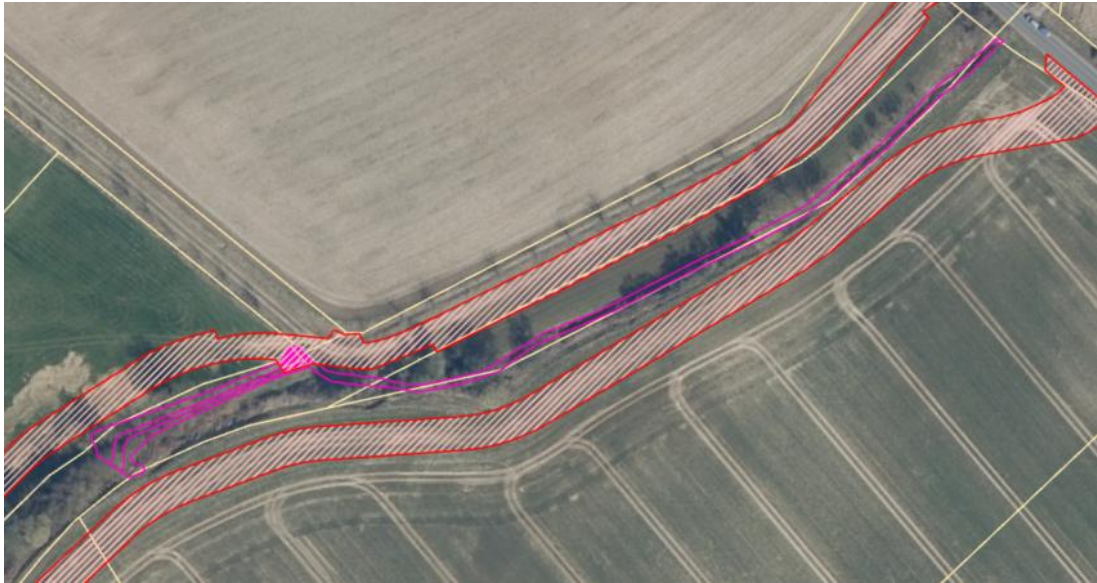


Abbildung 1: Gesetzlich geschützter Biotop-Komplex „Erlen-Weiden-Bachuferwald und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat“

(Legende: pinke Fläche = temporär beeinträchtigte Biotope gemäß § 30 BNatSchG, pink umrandete Fläche = Biotope gemäß § 30 BNatSchG, rote Schraffur = Arbeitsflächen (Zuwegung) Vorhaben SuedLink), Linie = Flurstücksgrenze betroffene Flurstücke: Flurstückskennzeichen 036006010000290004, 03600601000027 und 03600601000015, Gemarkung: Freden (Leine) (Gemarkungsschlüssel 6006), Gemeinde: Freden (Leine), Landkreis: LK Hildesheim)

#### 4.2.1 Konfliktbeschreibung

Die Flächen liegen am südwestlichen Bereich eines geschotterten Weges (OVW) südlich der Leine entlang eines namenlosen Gewässers. Eine temporäre Inanspruchnahme des Biotops ist wegen der notwendigen Breite der Zuwegung im Rahmen einer notwendigen Passierbarkeit erforderlich, sodass kleinflächig Gehölze entnommen werden müssen. Zudem ist es erforderlich, den naturnahen Bach temporär für die Logistik zu verrohren. Hierbei wird neben dem Einbringen eines Rohres dieser Bereich zur Überfahrt mit einer Schottertragschicht versehen.

Gemäß § 30 (2) BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort aufgeführten geschützten Biotope führen können, verboten. Im Niedersächsischen Naturschutzgesetz (NNatSchG) findet die Umsetzung in § 24 statt.

#### 4.2.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurde für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

Es handelt sich bei dem vorliegenden Eingriff zwar um einen geringen Anteil der geschützten Biotopfläche, jedoch handelt es sich aufgrund der Gehölzentnahme um eine erhebliche Beeinträchtigung / Zerstörung des Biotops. Zum Ausgleich der Beeinträchtigungen findet im Anschluss an die Bautätigkeiten folgende Maßnahme Anwendung (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter): V 22.1 –

Wiederherstellung von Gehölzen. Entsprechend der Maßnahmenbeschreibung werden hierfür standortangepasster Arten verwendet. Im Falle eines erforderlichen Restausgleichs aufgrund der Wiederherstellungsdauer findet darüber hinaus ein funktionaler Ausgleich in unmittelbarer Nähe in Form der Maßnahme E 27 – Aufwertung der Leineau bei Volksen (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter) statt. Nach Abschluss der Bautätigkeiten wird auch die temporäre Verrohrung/ Überbrückung des Bachs wieder entfernt und der Bach in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt. Hierfür findet die Maßnahme V 22.3 – Wiederherstellung von Gräben und Gewässern (vgl. Teil I (LBP) Anhang 02 (Maßnahmenblätter) Anwendung. Die Maßnahme umschließt die umfassende Wiederherstellung aller temporär während der Bauzeit in Anspruch genommenen Grabenbestandteile inklusive der begleitenden Ufervegetation. Ziel ist die vollständige Wiederherstellung des ursprünglichen Biotoptyps.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und die temporär beeinträchtigten Biotoptypen wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung der geschützten Biotope die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

#### 4.2.3 Fazit

Da es sich um eine Beeinträchtigung eines nach § 30 BNatSchG geschützten Biotopes handelt, ist eine Ausnahme entsprechend § 30 Abs. 3 BNatSchG erforderlich. Für die temporären Beeinträchtigungen des Biotopkomplexes Erlen-Weiden-Bachuferwald und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat findet ein Ausgleich gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG statt. Die erforderliche Ausnahmegenehmigung wird im Planfeststellungsbeschlusses einkonzentriert.

#### 4.3 Bach- und sonstige Uferstaudenflur (UFB(UHM)) und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat (FBLf2)

Bei den gemäß § 30 BNatSchG geschützten Biotopen handelt es sich um zwei benachbarte Flächen mit gemeinsamem Bezug. Vorliegend sind ein Bach und die zugehörige Uferstaudenflur. Die Fläche der Bach- und sonstigen Uferstaudenflur bemisst 46 m<sup>2</sup> und die Fläche des naturnahen Bachs des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat beträgt 64 m<sup>2</sup>. Diese werden zum großen Teil nicht beeinträchtigt. Im Grenzbereich findet die Maßnahme V 20 – Trennung von hochwertigen Biotopen und Arbeitsflächen (vgl. Teil I (LBP) Anlage 02 (Maßnahmenblatt)) Anwendung. Lediglich 27 m<sup>2</sup> (UFB (UHM)) und 36 m<sup>2</sup> (FBLf2) werden temporär in Anspruch genommen.

Die Flächen befinden sich auf der Höhe von km 43+650, südlich von Kreiensen. Das Areal verortet sich im Landkreis Northeim in der Nähe der Leine. Eine genaue Lage der beiden Biotope ist Abbildung 2 sowie der Maßnahmenkarte in Teil I (LBP) Anlage 01 (Maßnahmenplan) Blatt 25 zu entnehmen.





Abbildung 2: Gesetzlich geschützter Biotop-Komplex „Bach- und sonstige Uferstaudenflur und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat“

(Legende: pinke Fläche = temporär beeinträchtigtes Biotop gemäß § 30 BNatSchG, pink umrandete Fläche = Biotop gemäß § 30 BNatSchG, rosa Fläche = Biotop gemäß § 30 BNatSchG, welches aufgrund der Maßnahme V20 – „Trennung von hochwertigen Biotopen und Arbeitsflächen“ nicht beeinträchtigt wird, rote Schraffur = Arbeitsflächen (Zuwegung) Vorhaben SuedLink), gelbe Linie = Flurstücksgrenze, betroffene Flurstücke: Flurstückskennzeichen 03601700600008, und 03601700600006, Gemarkung: Billerbeck (Gemarkungsschlüssel 6017), Gemeinde: Stadt Einbeck, Landkreis: LK Northeim)

#### 4.3.1 Konfliktbeschreibung

Die gesetzlich geschützten Bach- und Uferflächen liegen zwischen der Leine und der Bahntrasse von Kreiensen entlang eines versiegelten Weges (OVW). Die Flächen werden im Rahmen der notwendigen Verbreiterung der Zuwegung für die Passierbarkeit der Kurve temporär in Anspruch genommen. Für die Passierbarkeit ist es erforderlich, die vorhandene Überfahrt über den Bach zu verbreitern, damit der südwestlich der Überfahrt stehende Baum nicht beeinträchtigt wird. Hierfür wird der an dieser Stelle bereits verrohrte Bach temporär mit einem weiteren Rohr ausgestattet und mit einer Schottertragschicht versehen.

Gemäß § 30 (2) BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort aufgeführten geschützten Biotop führen können, verboten. Im Niedersächsischen Naturschutzgesetz (NNatSchG) findet die Umsetzung in § 24 statt.

#### 4.3.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurde für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

Nach Verlegung der Erdkabel werden die Arbeitsflächen und Zuwegungen zurückgebaut und die temporär beeinträchtigten Biotoptypen wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wiederhergestellt. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung der geschützten Biotope die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

#### 4.3.3 Fazit

Aufgrund der geringen Inanspruchnahme des § 30-Biotops handelt es sich nicht um eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne des § 30 Abs. 2 BNatSchG. Für die temporäre Inanspruchnahme des Biotopkomplexes „Bach- und sonstige Uferstaudenflur und Naturnaher Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat“ ist somit keine Ausnahme gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG erforderlich.

#### 4.4 Sonstiges mesophiles Grünland (GMSm)

Bei dem gemäß § 30 BNatSchG geschützten Biotop handelt es sich um Sonstiges mesophiles Grünland (GMSm) mit einer Gesamtfläche innerhalb des Untersuchungsraumes von 5.769 m<sup>2</sup>. Davon werden im Randbereich 1.991 m<sup>2</sup> temporär durch eine Zuwegung in Anspruch genommen.

Die Fläche befindet sich auf der Höhe von km 42+800, südlich von Kreiensen. Eine genaue Lage der Fläche ist Abbildung 3 sowie der Bestandskarte in Teil F (UVP), Anlage 3.1a, Blatt Nr. 32 zu entnehmen.



Abbildung 3: Gesetzlich geschütztes Biotop „Sonstiges mesophiles Grünland“

(Legende: pinke Fläche = temporär beeinträchtigter Bereich des Biotops gemäß § 30 BNatSchG, pink umrandete Fläche = Biotopfläche gemäß § 30 BNatSchG, rote Schraffur = Zuwegung Vorhaben SuedLink, gelbe Linie = Flurstücksgrenze, betroffene Flurstücke: Flurstückskennzeichen 036015003004480001 bis 036015003004480046 (Flurstückszähler durchgehend von 1 bis 46), 03601700600085, 03601700600086 und 03601700600087, Gemarkung: Billerbeck (Gemarkungsschlüssel 6017), Gemeinde: Stadt Einbeck, Landkreis: LK Northeim)

#### 4.4.1 Konfliktbeschreibung

Die Fläche liegt im nördlichen Bereich eines befestigten Weges (OVW) zwischen Kreiensen und der Leine. Eine temporäre Inanspruchnahme des Biotops ist wegen der notwendigen Breite der Zuwegung im Rahmen einer notwendigen Passierbarkeit erforderlich. Zur temporären Verbreiterung des Weges muss eine Tragschicht im Randbereich des Grünlands ausgebracht werden. Nach Abschluss der Bautätigkeiten wird die Tragschicht bzw. die Verbreiterung des Weges wieder entfernt.

Gemäß § 30 (2) BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung des dort aufgeführten geschützten Biotops führen können, verboten. Im Niedersächsischen Naturschutzgesetz (NNatSchG) findet die Umsetzung in § 24 statt.

#### 4.4.2 Darlegung der Ausnahme-/Befreiungsvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurde für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

Zwar handelt es sich bei dem vorliegenden Eingriff um einen temporären Eingriff in die geschützte Biotopfläche, durch die Verbreiterung der Zuwegung kommt es jedoch zu einer vorübergehenden erheblichen Beeinträchtigung / Zerstörung des Biotops. Zum Ausgleich der Beeinträchtigung findet im Anschluss an die Bautätigkeiten folgende Maßnahme Anwendung (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter): V 22.2 – Wiederherstellung von Grünländern und Ackerflächen. Für den erforderlichen Restausgleich aufgrund der Wiederherstellungsdauer (Timelag) findet darüber hinaus ein funktionaler Ausgleich in der Nähe durch Grünlandextensivierung im Rahmen der Maßnahme E 27 – Aufwertung der Leineaue bei Volksen (vgl. Teil I (LBP), Anhang 02 (Maßnahmenblätter) statt.

Nach Verlegung der Erdkabel wird die Zuwegung zurückgebaut und das temporär beeinträchtigte Biotop wiederhergestellt. Damit kommt es zwar baubedingt zu einem Eingriff, nach Wiederherstellung ist der Bereich allerdings in seiner ursprünglichen Form und Funktion wieder vorhanden. Die baubedingten Eingriffe führen somit nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion. Insgesamt kann damit davon ausgegangen werden, dass durch die durchzuführende Wiederherstellung des geschützten Biotops die Funktionen für den Naturhaushalt in gleichartiger Weise wiederhergestellt werden.

#### 4.4.3 Fazit

Da es sich um eine Beeinträchtigung eines nach § 30 BNatSchG geschützten Biotops handelt, ist eine Ausnahme entsprechend § 30 Abs. 3 BNatSchG erforderlich. Für die temporären Beeinträchtigungen des Biotops Sonstiges mesophiles Grünland findet ein vollständiger Ausgleich gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG statt. Die erforderliche Ausnahmegenehmigung wird im Planfeststellungsbeschlusses einkonzentriert.

## 4.5 Zusammenfassung

Tabelle 1: Zusammenfassung der erforderlichen Ausnahmen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope

Biotoptyp (Code nach Länderschlüssel NI)	Unvermeidbare r Eingriff erfolgt durch	Fläche	Komp ensati onsbe darf	Ausgleich	Ausnahme/Bef reiung
WWB[We]+4 FBL1, FBL2	Temporäre Inanspruchnah me für Arbeitsstreifen	24 m <sup>2</sup> 25 m <sup>2</sup>	ja	Wiederherste llung und funktionaler Ausgleich	Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
UFB(UHM) FBLf2	Temporäre Inanspruchnah me für Zuwegung	27 m <sup>2</sup> 36 m <sup>2</sup>	-	Wiederherste llung	Nicht erforderlich
GMSm	Temporäre Inanspruchnah me für Zuwegung	1.991 m <sup>2</sup>	ja	Wiederherste llung und funktionaler Ausgleich	Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG



## 5 Literatur- und Quellenverzeichnis

### 5.1 Gesetze und Verordnungen

**BNatSchG** Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist

**NABEG** Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 405) geändert worden ist

**NNatSchG** Niedersächsisches Naturschutzgesetz vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 578)

**Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Finie“** im Gebiet der Stadt Elze, Landkreis Hildesheim, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Februar 2004 (Nds. GVBl. S. 75)

**Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“** in der Stadt Einbeck und in der Gemeinde Kreiensen im Landkreis Northeim vom 24.09.2010, in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. Nr. 6/2010 S. 104 ff) in Verbindung mit den §§ 22, 26 und 32 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. 2009 Teil I Nr. 51 S. 2542 ff)

**Verordnung zur 1. Änderung über das Landschaftsschutzgebiet „Hube, Greener Wald und Luhberg“** in der Stadt Einbeck im Landkreis Northeim vom 28.02.2020, Amtsblatt für den Landkreis Northeim vom 11.03.2020

**Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Ilme“** in dem Landkreis Northeim vom 04.06.2021, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306), i. V. m. den §§ 14, 15, 19, 23, 25 32 Abs. 1 und 43 Abs. 3 Nds. Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19.02.2010, zuletzt geändert durch Artikel 3 § 21 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. Nr. 8/2019 vom 23.05.2019 S. 88)

**Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Osterwald“** im Gebiet der Stadt Elze vom 03.02.1998, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verbesserung der kommunalen Handlungsfähigkeit vom 28.05.1996 (Nds. GVBl., S. 242)

**Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter und Nollenberg“ in den Landkreisen Northeim, Hildesheim und Holzminden** vom 12.03.2021, zuletzt geändert durch Artikel 290 der Verordnung vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1328), i. V. m. den §§ 14, 15, 19, 23, 25, 32 Abs. 1 und 43 Abs. 3 Nds. Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19.02.2010, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.11.2020 (Nds. GVBl. Nr. 43/2020 vom 03.12.2020 S. 451)

**Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Saale“** im Gebiet der Samtgemeinde Leinebergland und der Stadt Elze, Landkreis Hildesheim, LSG HI 071 in der Fassung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 zweites Änderungsgesetz v. 04.03.2020 (BGBl. I S. 440), i. V. m. §§ 19 und 32 Abs. 1 S. 1 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) in der Fassung vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 104), geändert durch Artikel 3 § 21 des Gesetzes zur Änderung

des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88)

**Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Selter“** im Gebiet der Stadt Alfeld (Leine) und der Samtgemeinde Freden (Leine), Landkreis Hildesheim, in der Fassung vom 11.04.1994 (Nds. GVBl. S. 155, 267), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Februar 2004 (Nds. GVBl. S. 75)

## 5.2 Sonstige Literatur

Sonstige Literatur wurde für den gegenständlichen PFA B3 nicht benötigt.